

PROTOKOLL NR. 282

über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	17. November 2005
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	29 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Sprenger-Kaufmann Astrid (beruflich) Holecek Jan (bis 18.30 Uhr) Helfenstein Gianmarco (bis 17.25 Uhr)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist
Dauer der Sitzung:	17.00 Uhr - 21.10 Uhr

Traktanden

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest. Wie man bemerkt habe, sei die heutige Sitzung um eine Stunde später angesetzt worden. Man hätte die November-Sitzung nicht ausfallen lassen wollen, da im Dezember keine Sitzung stattfindet. Im Januar werde das Budget behandelt, dies werde einige Zeit in Anspruch nehmen. Die heute zu behandelnden Geschäfte lägen innerhalb der im Reglement vorgeschriebenen Frist. Es liege das dringliche Postulat Nr. 564/2005 "Geplanter Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)" von Robert Odermatt, SVP, und Alwin Larcher, SVP, vor, über dessen Dringlichkeit heute befunden werden müsse. Bevor er jedoch dem Postulanten das Wort gäbe, bitte er, in Zukunft bei der Eingabe jeweils einen und nicht zwei Namen einzugeben. Das vereinfache die Abwicklung des Geschäftes, und auch in der Geschäftsordnung sei es nicht vorgesehen, dass mehrere Personen einen solchen Vorstoss einreichen. Man könne mit der Unterschrift kund tun, dass man mit diesem Vorstoss einverstanden sei. Nun gebe er einem der Postulanten das Wort.

Robert Odermatt hält fest, dass "Luzern Agglo Contact" der Name jenes Vereines sei, welcher am 20. Dezember gegründet werden solle. Was man bis jetzt über diesen zu gründenden Verein habe lesen können, dem habe auch die SVP bisher zustimmen können. Gegen eine Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten habe die SVP nichts einzuwenden. Es gäbe dafür gute Beispiele: ZSO Pilatus, Abwasser/Kehrichtbeseitigung, Trinkwasserverbund, Ökihof und weitere. Am letzten Wochenende, als er in der Monatszeitschrift "Kulturmagazin" geblättert habe, sei er auf das Interview des vorgesehenen LAC-Präsidenten Dr. Paul Huber gestossen. Beim Lesen dieses Interviews hätten bei ihm die Alarmglocken je länger je lauter getönt. Das wahre Ziel des designierten Präsidenten Paul Huber sei eine Fusion zu einem Gross-Luzern. Im A4-Seiten grossen Interview komme das Wort "Fusion" ca. dreizehnmal vor, manchmal sogar auf deutsch geschrieben. Bei der Beantwortung eines Vorstosses zum Thema Fusion von Josef Meier im Mai 2004 habe der Gemeinderat folgendes gesagt: "Für den Gemeinderat Horw ist eine Fusion mit Luzern oder einer andern Gemeinde kein Thema." Jetzt habe der Gemeinderat beschlossen, einem Verein beizutreten, wo ein sozialistischer Fusionsturbo am Ruder sei, und wenn der Einwohnerrat dazu auch etwas zu sagen gedenke, dann müsse man das heute machen, denn am 20. Dezember 2005 solle die Gründung stattfinden. Aus diesen Gründen bitte er, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller widerspricht namens des Gemeinderates der Dringlichkeit überhaupt nicht und er sei bereit, das Postulat heute auch zu beantworten.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist schlägt nun vor, das Dringliche Postulat Nr. 564/2005 "Geplanter Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)" als Traktandum 3 in der Traktandenliste aufzunehmen.

Roger Jenni kann die Gedankengänge Robert Odermatts ganz gut nachvollziehen, was in diesem Interview geschrieben stehe. Ferner könne er auch nachvollziehen, dass die Grundabsicht dieses LAC eigentlich gut wäre. Was er nicht könne, das Thema heute objektiv beurteilen, ob jetzt Herr Paul Huber mehr Recht habe, oder ob das, was der Gemeindepräsident vorlege, jetzt richtiger sei. Er frage nun den Gemeinderat, ob es denkbar wäre, nicht am 20. Dezember 2005 zu unterzeichnen, sondern anfangs 2006. Der Einwohnerrat müsste dann nicht aufgrund eines E-Mails, einer Kopie und kurzen Rückfragen darüber befinden, um ein objektives Urteil fällen zu können, dass es insofern überhaupt Sinn mache, das Thema heute zu behandeln. Eine gewisse Brisanz sei vorhanden, aber ob der Einwohnerrat heute in der Lage sei, mit Argumenten von links und rechts innert Kürze zu behandeln, das sei fraglich. Man werde lediglich emotional beurteilen, aber nie aufgrund fachkompetenter Fakten. Das wäre dann schade, denn die Sache sei zu wichtig. Man müsse den Gemeinderat dazu gewinnen können, dass der Termin zur Unterschrift verschoben werden könne. Nur dann sei der Einwohnerrat imstande, etwas sauber zu hinterfragen und objektiv zu beurteilen und nicht das Gefühl zu haben, man mache heute einen Schnellschuss. Man würde dann entweder die Argumente der Postulanten oder jene des Gemeindepräsidenten emotional besser auf sich einwirken lassen. Bei der Wichtigkeit eines solchen Geschäftes wäre es falsch, wenn man das Thema heute behandelte.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt Roger Jenni, ob er einen Antrag auf Nichtbehandeln stelle.

Roger Jenni bejaht dies, vorausgesetzt, dass man es später behandeln könne, aber das müsste der Gemeinderat zuerst beantworten.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller bittet darum, seine Ausführungen vorerst machen zu können. Er habe sich sehr gut vorbereitet und sehr lange im Projekt PASL gearbeitet; er könne den Rat heute orientieren, er sei diesbezüglich eine fachkompetente Person. Er sei von Anfang an dabei gewesen und bitte den Rat nachher zu entscheiden, was nun zu machen sei. Er nehme auch nicht an, dass der Termin des 20. Dezembers 2005 nun verschoben werde. Es würde sich gut machen, wenn alle Agglomerationsgemeinden gemeinsam unterzeichnen könnten, nicht einzelne separat. Er bitte nun, seine Voten ausführen zu dürfen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt Roger Jenni nochmals, ob er an seinem Antrag fest halte.

Roger Jenni sieht sich genötigt, nun die Aussagen von Alex Haggenmüller laufen zu lassen. Wenn man nicht an einem andern Datum unterzeichnen könne, müsse man sich nun die PRO- und KONTRA-Argumente anhören. Es bleibe ihm somit nichts anderes übrig.

Dem Vorhaben, das dringliche Postulat Nr. 564/2005 "Geplanter Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)" als Traktandum 3 einzufügen, wird nicht opponiert.

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. B+A Nr. 1306 Schulpflegereglement und Geschäftsordnung der Schulpflege (2. Lesung)
2. Nr. 252/2004 Motion Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnende: Sanierung und Ausbau St. Niklausenstrasse
3. Nr. 564/2005 Dringliches Postulat Robert Odermatt, SVP, und Alwin Larcher, SVP: Geplanter Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)
4. Pause
anschliessend Fragestunde
5. Nr. 559/2005 Postulat Sibylle Wüthrich, L2O, und Mitunterzeichnende: Schulische Sozialarbeit für Stufen Kindergarten und Primarschule
6. Nr. 560/2005 Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP, und Mitunterzeichnende: Zufahrt Ökihof und Steinibachweg
7. Nr. 561/2005 Postulat Gabi Rölli, FDP, und Mitunterzeichnende: Parkierung Grisigenstrasse
8. Nr. 562/2005 Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Öffnung der Bahnhofunterführung für Velofahrende
9. Nr. 523/2005 Interpellation Irène Zingg-Vetter, FDP, unter Mitunterzeichnende: Mergelgrube Grisigen

Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist gibt bekannt, dass er den Rat an folgenden Anlässen habe vertreten können:

7. November 2005: Apéro für neue Horwer- bzw. Schweizerbürger
 17. November 2005: Tag der Volksschule

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass er am 3. November 2005 an der Beerdigung von Hugo Fuchs, ehemaliger Einwohnerrat und Einwohnerratspräsident, teilgenommen habe. Hugo Fuchs sei vom Juli 1971 bis zum Mai 1982 für die damalige LP, heutige FDP, im Horwer Einwohnerrat gewesen. Im Amtsjahr 1974/1975 sei er Präsident dieses Rates gewesen. Er sei auch bei der Schaffung des ersten Geschäftsreglementes des Einwohnerrates aktiv beteiligt gewesen. Ebenfalls habe er von 1975 bis 1979 als Präsident der Bürgerrechtskommission amtiert. Er sei auch Ersatz in der Geschäftsprüfungskommission gewesen. Zum Gedenken an Hugo Fuchs bitte er die Anwesenden, kurz aufzustehen und eine Schweigeminute einzuhalten.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erwähnt im weiteren, dass zwei Mitglieder des Einwohnerrates ihre Demission eingereicht hätten. Zum einen sei das Peter Bucher, CVP. Er werde im Grossen Rat des Kantons Luzern nachfolgen und möchte diese Doppelbelastung nicht auf sich nehmen. Er werde den Rat per 31. Dezember 2005 verlassen. Zu seinem neuen Amt möchte er ihn nachträglich beglückwünschen und ihm gratulieren. Ferner habe auch Gabriela Palmito Erazo-Luthiger, L2O, ihre Demission eingereicht. Als Grund für ihre Demission gäbe sie die Mehrbelastung durch die Erhöhung von Stellenprozenten an ihrem Arbeitsplatz an. Sie werde den Rat ebenfalls per 31. Dezember 2005 verlassen. Er danke beiden für die geleistete Arbeit und die Zeit, welche sie sich genommen hätten für den Einwohnerrat von Horw. Er sei sicher, dass sie die vielen Erfahrungen und Erlebnisse, welche sie im Rat hätten sammeln dürfen, in ihr weiteres Leben mitnehmen könnten. Für die Zukunft wünsche er beiden - welche auch gleichzeitig als Stimmzählende amtierten - für alles, was sie in Zukunft machen würden, gute Gesundheit und selbstverständlich alles Gute.

Hans-Ruedi Jung hält fest, dass die CVP-Fraktion leider wieder einen "Bucher" aus der Fraktion entlassen müsse. Peter Bucher sei zu "höheren Weihen" berufen worden und gehe in den Grossen Rat. Er gratuliere an dieser Stelle namens der CVP-Fraktion auch nochmals ganz herzlich, man freue sich für ihn, dass er dort seine politische Tätigkeit weiter entwickeln könne, auf einer anderen Ebene unseres Staates. Die Fraktion verliere mit Peter Bucher ein ruhiges Mitglied, aber gleichzeitig ein aktives. Er sei kein Auffälliger, Polarisierer oder Ausrufer, doch er sei ein beharrlicher Mitarbeiter gewesen. Wenn er von etwas überzeugt sei, könne er sich auch sehr engagiert einsetzen. Seine Spezialität - obwohl er sich überall gut zurecht finde - sei sicher der Bereich Einbürgerungen gewesen. Er sei in der früheren Bürgerrechtskommission und in der heutigen Bürgerrechtsdelegation Mitglied. Er habe sich dort intensiv mit den zu Einbürgernden auseinander gesetzt. Er wisse, dass er es sich nicht einfach gemacht habe und diese Aufgabe ernsthaft angegangen habe. Er habe sich auch ausserordentlich eingesetzt für die Bildung, auch von seinem Beruf her. Bildung sei für ihn stets ein grosses Anliegen, doch er habe auch eine Bildungspolitik mit Mass vertreten, vor allem mit den Auszubildenden. Nicht zuletzt sei er in diesem Rat auch bekannt für sein kulturelles Engagement, schon familiär vorgegeben; doch das sei ja nicht zwingend, dass man sich anschliessend auch weiter engagiere. Peter Bucher habe sich in verschiedenen Bereichen stark für die Kultur engagiert. Es habe ihn stets gefreut, wenn er eisern an seinen Ideen und Projekten, die er teilweise auch mitgetragen habe, festgehalten und sie auch bis zum Letzten verteidigt habe. Man verliere also mit Peter Bucher ein engagiertes Mitglied, aber auch einen lieben Kollegen. Die Fraktion habe Peter Bucher ein Geschenk mitgebracht, welches er ihm heute gerne überreiche.

Karin Probst möchte sich im Namen der L2O-Fraktion bei ihrer "Abgängerin", Gabriela Palmito Erazo-Luthiger, recht herzlich bedanken für das, was sie für die Fraktion und die Gemeinde Horw geleistet habe. Die Fraktion verliere eine stille Arbeiterin und hoffe, dass, auch wenn sie im Beruf nun mehr belastet sei, dennoch Gelegenheit finde, mit ihrer Familie etwas zu unternehmen. Zum Ausgleich für die strenge Ratszeit habe die Fraktion auch ein Geschenk mitgebracht.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt weiter mit, die Bürgerrechtsdelegation habe an ihrer Sitzung vom 7. November 2005 sieben Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert. Es seien dies zwei Personen aus Polen und fünf Personen aus Kroatien. Weiter vermeldet er, seit der letzten Sitzung 15 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratuliert zu haben.

Neueingänge

10. November 2005: Interpellation Gabi Rölli, FDP, und Mitunterzeichnende: Blindenstreifen Kantonsstrasse-Gemeindehaus
16. November 2005: Dringliches Postulat Robert Odermatt, SVP, und Alwin Larcher, SVP: Geplanter Beitritt der Gemeinde zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)

Rechtskraft

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

Protokoll

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass gegen das Protokoll Nr. 281 der Sitzung vom 20. Oktober 2005 keine schriftlichen Einsprachen eingegangen seien. Das Protokoll gelte somit als genehmigt.

Traktandum 1

B+A Nr. 1306: Schulpflegereglement und Geschäftsordnung der Schulpflege (2. Lesung)

Detailberatung

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass die 1. Lesung bereits stattgefunden habe, Eintreten sei deshalb nicht mehr notwendig und man komme sogleich zur 2. Lesung. Man werde direkt das Reglement behandeln.

Art. 1

Karin Probst bezieht sich auf Art. 1 Abs. 2 "Die Schulpflege ist im Rahmen der vom Einwohnerrat bewilligten und vom Gemeinderat freigegebenen Kredite zuständig für...". Nach Meinung der L2O-Fraktion handle es sich bei der vorgeschlagenen Einleitung um eine unsinnig lange und umständliche Formulierung, welche lediglich einen Sachverhalt aufzeige, der bereits in der Gemeindeordnung geregelt sei. Die L2O-Fraktion mache deshalb beliebt, den Teil "... im Rahmen der vom Einwohnerrat bewilligten und vom Gemeinderat freigegebenen Kredite..." wegzulassen, so dass der Einleitungssatz dann wie folgt laute: "Die Schulpflege ist zuständig für...". Das sei ein Antrag.

Hans-Ruedi Jung verweist auf den gleichlautenden Antrag des Gemeinderates. Der damalige Antrag sei auf seine Initiative hin erfolgt, weil er der Meinung sei, dass es sich nicht nur aus der Gemeindeordnung ergebe. Die Schulpflege verfüge über eine Sonderstellung im Rahmen der Gemeindeordnung, sie habe eine Sonderstellung als Behörde und sei nicht einfach eine Kommission oder sonst irgend etwas, sondern eine Behörde. Das Schulpflegereglement erstelle man auch nicht einfach, damit man dem Buchstaben nachlebe und etwas schreibe, sondern ein Schulpflegereglement müsse nach Gemeindeordnung die Besoldung der Schulpflegemitglieder und die Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen zum Gemeinderat regeln. Das heisse, dass es ausdrücklich stehe, dass die Kompetenzen und die Abgrenzung der Aufgaben zu regeln seien. Genau dies wolle dieser Artikel, und auch, dass die Schulpflege im Rahmen der vom Einwohnerrat bewilligten und vom Gemeinderat freigegebenen Kredite handeln könne. Hier würden nun diese Kompetenzen abgegrenzt, jene, die an und für sich in der Gemeindeordnung gemäss Art. 47 gefordert seien. Hier mache man das nun aktiv. Art. 2, wo stehe "... in Verbindung mit dem Voranschlag ...", habe damit nichts zu tun, das sage, was der Gemeinderat machen müsse. Der Gemeinderat habe im Rahmen des Voranschlages der Schulpflege einen Leistungsauftrag zu erteilen; aber wenn die Schulpflege handle - hier stehe nichts über die Finanzkompetenzen - und deshalb müsse dieser Passus hinein. Es sei auch nicht einfach ein Reglement wie jedes andere, das man in diesem Rat erlasse. Man habe viele Reglemente und er gäbe jedem Recht, der sage, dass es nicht nötig sei, dort über die Finanzen etwas zu sagen, da man es ja via Voranschlag beschliesse. Bei der Schulpflege sei es aber eine Sonderstellung, weil sie eine eigene Behörde sei und weil weitgehende Kompetenzen habe, aber die Finanzverantwortung selber nicht tragen müsse. Deshalb mache er dem Rat beliebt, an diesem Artikelzusatz, so wie er gemäss 1. Lesung eingefügt worden sei, festzuhalten.

Abstimmung

Antrag L2O-Fraktion: Beim Art. 1 Abs. beim 1. Satz den Textteil "... im Rahmen der vom Einwohnerrat bewilligten und vom Gemeinderat freigegebenen Kredite ..." weglassen.	6 Stimmen
Wortlaut gemäss "Fahne" zustimmen.	20 Stimmen

Der Antrag der L2O-Fraktion wird abgelehnt. Der Wortlaut des ersten Satzes von Art. 1 Abs. 2 lautet somit wie vorgeschlagen: "Die Schulpflege ist im Rahmen der vom Einwohnerrat bewilligten und vom Gemeinderat freigegebenen Kredite zuständig für..."

Abstimmung

Das Schulpflegereglement wird mit 27 : 0 Stimmen erlassen.
 Die Geschäftsordnung der Schulpflege wird mit 27 : 0 Stimmen zur Kenntnis genommen.
 Dem gesamten Beschlusstext wird mit 27 : 0 Stimmen zugestimmt.

Traktandum 2**Motion Nr. 252/2004 Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnende: Sanierung und Ausbau der St. Niklausenstrasse**

"Die St. Niklausenstrasse befindet sich heute in einem Ausbauzustand, der den Anforderungen insbesondere bezüglich Sicherheit nicht mehr genügt. Gerade auch durch den Einsatz neuerer und breiterer Busse auf der Linie 21 wurde die Situation zusätzlich verschärft. Ein Kreuzen derselben ist an vielen Stellen nur schwer möglich, wenn überhaupt. Die Notwendigkeit eines Strassenausbaus wird deshalb seit langer Zeit gefordert und auch anerkannt. Leider hat sich in den knapp 10 Jahren seit Unterbreiten des Planungsberichtes B+A 896 wenig bis nichts getan. Einzig der Ausbau eines kleinen Teilstückes soll im Zusammenhang mit der Erstellung einer neuen Transportleitung für die Wasseraufbereitung nächstens realisiert werden. Der letzte politische Vorstoss betreffend dieses Anliegen ist mit der Motion 237 am 24.02.2000 eingegangen und als Postulat 474 am 25.01.2001 vom Gemeinderat entgegen genommen worden. Damals wurde auf grössere Bauvorhaben in der Gemeinde verwiesen. Zitat: Es werde nicht möglich sein, die Strasse auf deren ganzen Länge innerhalb der nächsten 4 Jahre auszubauen. In der Tat, es wurde nicht ein Meter gebaut. Betrachtet man die Finanzpläne der letzten Jahre, ist am Abschnitt Post - Utohorn leicht zu erkennen, dass der Ausbau auch in den nächsten Jahren kein wirkliches Thema ist. Von Jahr zu Jahr wird das Vorhaben verschoben.

- Finanzplan 2002 - 2006: Abschnitt Post - Utohorn mit je 1.5 Mio. für 2003/2004 vorgesehen
- Finanzplan 2004 - 2009: Abschnitt Post - Utohorn mit 3.5 Mio. für 2005 vorgesehen
- Finanzplan 2005 - 2010: Abschnitt Post - Utohorn mit 3.5 Mio. für 2007 vorgesehen
- Finanzplan 2006 - 2011: Abschnitt Post - Utohorn mit 4.0 Mio. für 2008 vorgesehen

Weitere Teilabschnitte würden entsprechend später folgen. Mit vorliegender Motion wird der Gemeinderat aufgefordert, einen Bericht und Antrag für den massvollen Ausbau der Strecke Post - Langensand, aufgeteilt in 3 Teiletappen, vorzulegen. Beispielsweise Post - Utohorn / Tannegg - Mättwil / Mättwil - Langensand."

Thomas Zemp erläutert seine Motion. Zu dieser möchte er nicht mehr allzuviel sagen; man habe ja nun ein Jahr lang Zeit gehabt, diese zu lesen. Zu zwei Punkten aber möchte er darin noch weitere Ausführungen machen. Erstens zum massvollen Ausbau: Er sei der Auffassung, dass man diese Strasse grundsätzlich und umfassend sanieren müsse, nicht ein Flickwerk. Mit dem massvollen Ausbau meine er, dass man in diesem Gebiet keine Autobahn baue. Diese Strasse solle so breit wie nötig projektiert werden und trotzdem so schmal wie möglich. Es sei aus seiner Sicht erneut zu prüfen, ob in diesem Gebiet tatsächlich Busse mit einer Breite von 2,50 Metern verkehren müssten, oder ob es auch schmaler gehe. Sobald diese Frage geklärt sei, könne man diese Strasse entsprechend dimensionieren und zwar so, dass zwei Busse gefahrlos kreuzen könnten. Das heisse nicht, dass sie dann ihre Fahrt zum Kreuzen abbremsen müssen, aber auch ein aneinander "Vorbeirauschen" sei unnötig; sie müssten einfach normal aneinander vorbeifahren können. Er sei auch der Meinung, dass es in diesem Gebiet keine abgesetzten Radstreifen brauche, es reiche, wenn man diese auf dem Boden aufmale, das führe zu einer optischen Verengung der Strasse und habe zur Folge, dass weniger schnell gefahren werde. Ebenso reiche dort ein einseitiges Trottoir. Ein zweiter, wichtiger Punkt sei die Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, wenn man dieses Projekt ausarbeite und das Vorgehen definiere. Es sei wichtig, dass man die gesamte Strasse, welche aufgeteilt werden solle in drei Abschnitte, als Ganzes betrachte, dass sie anschliessend auch eine gewisse Linie beinhalte. Ferner sei es sehr wichtig, dass man frühzeitig in die Verhandlungen bezüglich Landerwerb einsteige. Es gäbe heute schon oder seit langer Zeit Hinweise darauf, dass diese Landverhandlungen dort mindestens partiell nicht

einfach würden, sondern dass man eventuell bis zum Mittel der Enteignung greifen müsse. Das habe zur Folge, dass es für alle beteiligten Parteien unangenehm werde und vor allem auch viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Es sei wichtig, nun nicht einfach zu definieren, welche Abschnitte realisiert würden, sondern vorerst die einzelnen Teilprojekte auszuarbeiten. Wenn diese vorlägen und man über ein bewilligtes Projekt verfüge, könne man auch mit den Landverhandlungen oder sogar mit den Enteignungsverfahren frühzeitig beginnen; nicht dass man nach dem bewilligten Projekt wiederum mehrere Jahre warten müsse, bis man zu einer Einigung komme. Als Beispiel gäbe er die Wasserversorgung an, wo man sich letztlich nach langem Warten dafür entschieden habe, gewisse Landeigentümer zu umgehen und dafür in Kauf zu nehmen, dass man wahrscheinlich eine Lösung habe, die um einige Millionen mehr koste als wenn man es anders gemacht hätte. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass dies ein Projekt sei, das nicht exakt terminiert sei. Man müsste auch bei der Vergabe dieser Arbeiten allenfalls die Marktlage etwas berücksichtigen und zum geeigneten Zeitpunkt die Submissionsverfahren laufen lassen. Man habe das bei der Kantonsstrasse gesehen, dort sei der Abschnitt beim Merkur um einiges günstiger gekommen als vorgesehen; weil dort die Marktlage eben günstig gewesen sei. Ansonsten sei er dankbar, wenn diese Motion überwiesen werde.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi schickt voraus, dass der Gemeinderat bereit sei, diese Motion entgegen zu nehmen. Wie es in der Motion eindrücklich beschrieben sei, sei die St. Niklausenstrasse schon lange ein Thema, auch hier im Einwohnerrat. 1995 sei ein Planungsbericht erstellt worden, und man habe damals von einer Investition von ca. 10 Mio. Franken gesprochen. Aus finanziellen Überlegungen habe man diese Sanierung immer wieder verschoben. Aus dem Verhandlungsprotokoll von früher habe sie lesen können, dass man stets davon gesprochen habe, das "Fuder" nicht zu überladen. Sichtbar sei, dass in der letzten Legislatur tatsächlich kein Meter gebaut worden sei, wie es in der Motion stehe. Eine gewisse Vorarbeit sei aber bereits geleistet, indem man bei Bauprojekten entlang der St. Niklausenstrasse, vor allem im Teil Post-Utohorn gewisse Sachen bei Bauprojekten beachtet und auch schon realisiert habe. Im Moment sei es so, dass gerade wegen dem Ausbau der Wasserversorgung bereits ein kleines Teilstück ausgebaut werde, weiter sei auch in der Planung, dass man - wie es im Finanz- und Legislaturplan stehe - das Teilstück Post-Utohorn auf 2008 gerne vorsehe. Das sei wohl - wie Thomas Zemp bereits vorhin ausgeführt habe - ein nicht ganz einfaches Unterfangen und bedeute, dass man im 2006 mit einem Bericht und Antrag für dieses Teilstück bereits kommen und dem Rat vorlegen würde, damit man dann im 2008 soweit wäre, weil man eher schwierigen Landverhandlungen entgegen sehe. Ferner sei auch der Abschnitt Tannegg-Langensand zu prüfen, welcher im Gesamtprojekt als Ganzes betrachtet werde und dieser jetzt mit diesem Teilstück realisiert werden solle. Bis anhin habe man diese Teile so realisieren wollen, und jetzt müsste man noch angehen, was mit dem letzten, längsten Teilstück von der Tannegg bis in den Langensand gehe. Dort habe man effektiv die Problematik der sich kreuzenden, breiten Busse. Der letzte Teil werde nun auch in die Planungsarbeiten einfließen; dies insofern, wie weit ein solcher massvoller Ausbau aussehen könnte oder ob man allenfalls ein Teilstück mehr machen müsste. In der Motion stehe wohl etwas von drei Stücken, doch Abklärungen würden wohl noch Sinnvolleres dazu beitragen, damit möglichst gleiche Teilstücke dieser St. Niklausenstrasse realisiert werden könnten.

Esther Maria Jost beantragt Diskussion.

Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.

Esther Maria Jost stellt im Namen der L2O-Fraktion den Antrag, dass man diesen Vorstoss nicht entgegen nehme. Der Vorstoss sei sicher relativ lange liegen geblieben und es sei im Moment ein sehr, sehr ungünstiger Zeitpunkt, mit dem Vorstoss zu kommen und diesen zu überweisen. Die L2O hätte sogar erwartet, dass Thomas Zemp seinen Vorstoss wiederum zurückziehe in Anbetracht der finanzpolitisch schwierigen Lage und weil er ja als Sparpolitiker bekannt sei. Wenn man daran denke, dass anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung das Budget zurückgewiesen worden sei mit dem Antrag, dass der Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget vorweisen müsse und dass das bedeute, dass entweder sehr stark gespart werden müsse - und das sei sicher seitens Thomas Zemp so gedacht gewesen - oder dass man eben eine Steuererhöhung ins Auge fassen müsste und man kürzlich an einer Sitzung auch noch die Erbschaftssteuern gestrichen habe - dass dort quasi auch noch eine Einkommensquelle geschlossen werde - sei es doch seltsam, wenn der Vorstoss nun überwiesen werden solle, welcher sicher sehr hohe Kosten zur Folge haben würde. Das sei aber nicht der einzige Grund, sondern es gäbe auch noch jenen, dass eine Strassenerhebung im Jahr 2006 geplant sei und dass die L2O-Fraktion nun der Auffassung sei, abzuwarten bis diese Strassenerhebung erfolge und man dann eine Priorisierung vornehme und gesamthaft überlege, welche Teilstücke von welchen Strassen nun effektiv saniert werden müssten. Grundsätzlich sei die L2O sicher auch für Verkehrssicherheit, man wisse über die teilweise gefährlichen Situationen auf diesem Stück Strasse. Der Vorschlag, schmalere Busse dort fahren zu lassen sei sicher sinnvoll und auch im Interesse der L2O. Man müsse aber daran denken, dass man bei Strassenausbauten nicht grundsätzlich nur ein tieferes Risiko habe, sondern dass ausgebaute Strassen tendentiell den Verkehr anziehen und Mehrverkehr immer ein grösseres Risiko sei. Das seien die Begründungen, den Vorstoss nicht zu überweisen.

Roger Jenni ist auch für Sparen, aber was man nun beim letzten Budget bemängelt habe, das sei das Budget der Laufenden Rechnung 2006 gewesen. Bei der Investitionsrechnung selber sei nicht gross etwas hinterfragt worden, finanzpolitisch gesehen. Bezüglich massvollem Ausbau ergänze er, dass die Busse nun wohl mit einer Breite von 2.50 m fahren würden. Man solle sich aber nicht überlegen, nun Busse von einer Breite von 2.30 m kaufen zu wollen, diese würden irgend einmal dreimal mehr kosten als jene mit 2.50 m Breite. Er mache dem Gemeinderat beliebt, die Breite von 2.50 m nochmals zu prüfen, weil es dort grundsätzlich ein Lastwagenfahrverbot habe, das aber beispielsweise gerade für ihn selber nicht gelte, da er berufshalber dort fahren müsse. Die meisten Wagen verfügten heute bereits über 2.50 m Breite; wichtig sei, dass auch jene mit dem Bus kreuzen müssten. Man könne nicht teure Fahrzeuge anschaffen von 2.30 m Breite, um bloss die Strasse schmaler bauen zu können.

Thomas Zemp hält fest, dass Roger Jenni nun die Abgrenzung zwischen Laufender Rechnung und Investitionsrechnung aufgezeigt habe. Man müsse das Ganze langfristig sehen, und er setze sich dafür ein und schaffe die Voraussetzungen, dass man solche Sachen realisieren könne, welche seiner Meinung nach vernünftig und notwendig seien. Abgesehen davon setze er sich für eine Budgetierung ein, welche der Realität entspreche, er habe nicht von Leistungsabbau gesprochen. Er habe gesagt, dass er sich dafür einsetze, dass man die Leistungen zu vernünftigen Preisen einkaufe und man letztlich auch schaue, dass man das Geld am richtigen Ort effizient und effektiv einsetze; das sei der Unterschied.

Abstimmung

Antrag L2O-Fraktion: Die Motion Nr. 252/2004 nicht überweisen.	8 Stimmen
Antrag Gemeinderat: Die Motion Nr. 252/2004 überweisen.	19 Stimmen

Der Antrag der L2O-Fraktion wird abgelehnt. Die Motion Nr. 252/2004 wird somit überwiesen.

Traktandum 3

Dringliches Postulat Nr. 564/2005 Robert Odermatt, SVP und Alwin Larcher, SVP: Geplanter Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein Luzern Agglo Contact (LAC)

"Als Nachfolgeorganisation des Projekts Agglo & Stadt Luzern (PASL) soll am 20. Dezember 2005 der Netzwerkverein "Luzern Agglo Contact LAC" gegründet werden. Als Präsident ist a.Regierungsrat Dr. Paul Huber vorgesehen. Die LAC soll durch jährliche Beiträge der 15 vorgesehenen Gemeinden von Fr. 1.10 pro Einwohner (Horwer-Beitrag ca. Fr. 14'000.00 pro Jahr) finanziert werden, wodurch sich die Jahreseinnahmen auf ca. Fr. 275'000.00 belaufen würden. Anders als das PASL, welches lediglich eine verbesserte Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern anstrebte, und in welcher Gemeindepräsident A. Haggenmüller als Projektleiter fungiert, besteht der Hauptzweck dieser neuen Organisation darin, eine Fusion von Stadt Luzern und Agglomerationsgemeinden zu realisieren. Wie aus einem Interview mit dem designierten Präsidenten Paul Huber hervor geht, soll ferner angestrebt werden, einen gemeinsamen Kulturtopf für alle Gemeinden im Grossraum Luzern zu schaffen. Diese und andere Ziele sollen erreicht werden, indem man keine "verkappten Verhinderer" in die Organisation aufnimmt. An der Einwohnerratssitzung vom 27.05.2004 (Prot. Nr. 271) wurde seitens des Gemeinderates folgendes ausgeführt: Für den Gemeinderat Horw ist eine Fusion mit Luzern oder mit einer anderen Gemeinde gar kein Thema. Es bestehen weder bilaterale noch offizielle Kontakte zum Stadtrat von Luzern, auch nicht mit einer anderen Gemeinde. Wir sind der Auffassung, dass ein Beitritt der Gemeinde Horw zum Verein LAC diesen Aussagen widerspricht und fordern den Gemeinderat deshalb auf, von einem solchen Schritt definitiv abzusehen."

Alwin Larcher hält fest, dass eine Predigt in der Kirche meistens mit einem Bibelwort beginne. Dieses Bibelwort werde dann ausgelegt und eventuell auf die heutige Zeit erklärbar gemacht, doch es bleibe in der Substanz gleich und unverändert, und das seit einer grossen Anzahl von Jahren. Dasselbe sollte auch sein bei den Worten unseres grossen Vorsitzenden, Herrn Gemeindepräsident. Es gehe letztlich darum, was einmal nicht nur gesagt worden, sondern sogar niedergeschrieben worden sei, ob das nach einem Jahr eigentlich noch gelte oder ob auf einmal alles anders sein soll. Im Protokoll, wo die Interpellation von Josef Meier behandelt worden sei, habe Herr Gemeindepräsident folgendes ausgeführt: "Für den Gemeinderat Horw sei eine Fusion mit Luzern oder mit einer anderen Gemeinde gar kein Thema. Es bestünden weder bilaterale, noch offizielle Kontakte zum Stadtrat von Luzern, auch nicht mit einer anderen Gemeinde." Und das habe er so ernst gemeint, dass er sogar noch eine persönliche Bemerkung dazu gemacht habe, nämlich: "Solange er Gemeindepräsident von Horw sei, gebe es keine Fusion mit einer anderen Gemeinde." Zu letzterem Satz könne man wohl keine zeitliche Komponente einfügen, aber immerhin: gesagt ist gesagt. Er erkläre, wie nun die ganze Sache entstanden sei und weshalb er und Robert Odermatt nun erst so spät kämen: Das Ganze habe begonnen mit einem Brief mit reichlichen Beilagen des PASL. Wie bereits Kollege Odermatt ausgeführt habe, sei die SVP durchaus einverstanden mit dem PASL; man habe auch nichts Negatives dar-

in gesehen, dass unser Gemeindepräsident dort eine führende Rolle einnehme. Er verstehe auch, mit Vehemenz zu überzeugen, und im Brief vom 5. Mai 2005, welchen die meisten auch erhalten hätten, mit dem Titel "Verbesserte Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern" wo stehe, "... Sie gehören zum Kreis der Persönlichkeiten, die den langen Entwicklungsprozess für eine verbesserte Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern durch Rat und Tat mitunterstützt haben ...". Wohl nehme er unverdiente Lorbeeren eigentlich nicht besonders gerne entgegen, aber wenn sie aus gemeindepräsidialer Hand kämen, dann nähme man sie halt einfach so mit. Unterzeichnet sie dieser Brief von Alex Hagggenmüller, Projektvorsitz. Man habe dann reichlich Beilagen dazu erhalten, er habe diese überflogen und eigentlich nicht viel gefunden, wo es Anlass gegeben hätte, jetzt gegen eine neue Entwicklung anzutreten. Der Grund dafür sei das Kulturmagazin, bei welchem Kollege Odermatt offenbar ein eifriger Leser sei; er halte fest, dass die SVP zwei Exemplare diese Magazins erstanden habe. Darin sei dann das berühmte Interview enthalten. Das Magazin sei datiert vom November 2005, deshalb komme man erst jetzt. Das Interview mit alt Regierungsrat Huber, welcher bekannt als konsequenter Verfechter seiner Ideen und auch ein sehr guter Redner sei, entlarve jedoch all dieses "Geschreibsel" auf diesen vielen weissen Seiten. Bloss noch die wichtigsten Sachen möchte er erwähnen nebst der Tatsache, wie oft das Wort "Fusion" darin erwähnt sei: "Der Verein soll auch Gemeindegemeinschaften fördern." Für Paul Huber sei ganz klar, dass Fusionen "das wirksamste Instrument für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in einer Grossregion Luzern" seien. Die SVP sei für Zusammenarbeit, das habe man auch mehrfach bewiesen. Die SVP sei aber nicht der Meinung, dass vorher ein Gross-Luzern "zusammenfusioniert" werden müsse. "Mit Ausnahme der Fusion" sage Herr Huber "führen deshalb alle Modelle der Zusammenarbeit zu komplexen Übungen ..."; mit andern Worten, man solle nicht so kompliziert tun, man solle fusionieren und dann gehe alles viel einfacher. Einige Nebenpunkte gefielen der SVP noch weniger: Erwähnt werde: "... oder einen gemeinsamen Kulturtopf für alle Gemeinden im Grossraum Luzern zu schaffen ...". Dann gehe man wohl "schönen" Zeiten entgegen, vor allem was die örtliche Kultur in Horw angehe. Herr Huber sei der Auffassung, dass noch bei einer Fusion wirklich Platz frei werde für neue Ideen. Hier brauche es aber keine Fusion, da hätte man ja weniger Ideen, wenn sämtliche Gemeinden - siehe der Einwohnerrat - laufend neue Ideen produzierten, und das nicht immer die schlechtesten. Das machten sämtliche umliegenden Gemeinden ebenfalls. Jetzt werde bloss Platz frei für neue Ideen. Ein gewisser Zweifel sei wohl auch bei Herrn Huber vorhanden; er sei der Meinung, dass wenn die Gemeindebehörde noch kräftig genug ins Horn stosse, dann die Bevölkerung sich überzeugen lasse und in der Regel bereit sei, den Weg zu gehen. Allenfalls gäbe es Beweise für diese Behauptung. Er sehe auch kaum ein Anzeichen, dass die Bevölkerung in all diesen Gemeinden bereit wäre, diesen Weg zu gehen, im Gegenteil. Überall dort, wo das Wort Fusion erwähnt werde, erheben sich sofort Widerstände. In den Statuten selber halte man sich sehr zurück. Ein Beitritt zum LAC produziere einen "Wolf im Schafspelz" und mit dem Wolf habe bereits auch schon das Rotkäppchen negative Erfahrungen gemacht, das würde Horw auch machen. Er möchte die Anwesenden nun bitten, im Anschluss an das, was Kollege Jenni gesagt habe, der Beitritt der Gemeinde sowohl im Gegensatz stehe zu dem, was vorher gesagt und geschrieben worden sei als auch im Gegensatz zu den Interessen der Gemeinde Horw sei. Die SVP bitte, das Postulat zu unterstützen. Ihm sei die Kompetenzfrage auch klar, doch wenn man ihm und Robert Odermatt möglichst einstimmig folgen möchte in dieser Sache, dann habe man wohl ein gewichtiges Wort in dieser Angelegenheit gesagt. Er danke.

Gemeindepräsident Alex Hagggenmüller probiert nun, die Anwesenden ganz objektiv über die Ideen, welche in unserer Agglomeration aufgenommen worden seien, zu informieren. Dazu müsse man ihm etwas Zeit geben, man könne das Thema nicht in zwei Minuten abhandeln. 1995 habe man an einer Gemeindepräsidentenkonferenz, an der alle Gemeindepräsidenten aus der Agglomeration zusammenkämen, über die Zukunft der Agglomeration Gedanken gemacht und in einem Brainstorming festgestellt, dass die einzelnen Gemeinden eigentlich sehr nahe zusammengerückt seien; die Gemeindegrenzen seien fast nicht mehr erkennbar, teilweise verschwunden. Man habe festgestellt, dass man eine Schicksalsgemeinschaft in unserer Region sei. Prinzipiell sässen alle zusammen im selben Boot. Wenn man im gleichen Achter sitze, müsse man sich zünftig in die Riemen legen und probieren, in die selbe Richtung zu rudern. Man solle nicht im Kreis rudern, um dann erstaunt darüber zu sein, dass man beim Zieleinlauf stets hinten anstehe und nie in die Medaillengänge gelange. Man habe den Eindruck gehabt, dass, wenn die Agglomeration Luzern nun nicht einen Schritt nach vorne mache, die Agglomeration Luzern zu einer Provinz verkomme. Studien der Avenir Suisse hätten dies nachträglich nach einigen Jahren auch aufgezeigt, dass die Agglomeration Luzern eigentlich, gesamtschweizerisch gesehen, nicht jene sei, welche sich weiter entwickle; wenn es darum gehe, bundesweit Aufgaben in unserer Schweiz zu verteilen, da hätten sämtliche anderen - Genf, Lausanne, Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Lugano - den Vorrang und die Agglomeration eine Zwei am Rücken. Er denke bei der SBB, bei der Post, oder wenn es darum gehe, Subventionen zu verteilen im Anschluss an das europäische Schienennetz; dann würden die anderen Agglomerationen berücksichtigt, welche sich positioniert hätten und stark seien. So sei es nicht erstaunlich, dass sich auch verschiedene Firmen Überlegungen machten, ob sie überhaupt noch in dieser Agglomeration und Region tätig sein wollen. Er möchte nun nicht den Teufel an die Wand malen, doch er zeige gerne auf, wie das Projekt PASL zustande gekommen sei. Dieses sei im Jahr 2000 gegründet worden, 18 Gemeinden, der Kanton und der Verein Luzerner Gemeinden verträten die rund 180'000 Einwohner, welche in der Agglomeration Luzern wohnten. Es sei die sechstgrösste Agglomeration

der gesamten Schweiz. Das Projekt sei gemäss einem Vertrag befristet auf fünf Jahre, es laufe also am 31. Dezember 2005 aus. Die Ziele dieses Projektes seien die ganzheitliche Gestaltung dieses Lebensraumes, auch als Wirtschaftsraum, mit Einbezug der Bevölkerung; man versuche, regionale Gemeinschaftsaufgaben miteinander zu lösen und Synergien zu nutzen. Ferner gehe es auch darum, die politische Positionierung unserer Region im Standortwettbewerb zu stärken. Man hätte in den fünf Jahren nicht nur positive Momente gehabt, es sei ein schwieriger Weg gewesen, als man in Horw im Jahr 2000 die erste Konferenz abgehalten habe. Es hätten Workshops stattgefunden, es seien Behördenkonferenzen einberufen worden und man habe einen grossen Anlauf genommen mit vielen Ideen und Visionen; der Weg sei steinig gewesen. Nun mache man verhältnismässig einen kleinen Sprung; aber einen, der aus diesen gemeinschaftlichen Diskussionen noch die bestmögliche Lösung hervorgebracht habe. Man möchte eine verbindliche Zusammenarbeit mit Mehrzweckverbänden und mit einem Netzwerkmanagement organisieren. Vorteil sei, eine strategische Planung der Agglomeration und für die Agglomeration zu tätigen. Jene Personen, welche in diesem Raum lebten, sollten diese Agglomerationspolitik betreiben. Es solle eine gesamtheitliche, nicht eine spezialisierte, Betrachtung stattfinden zwischen Verkehr, Raumplanung und Umwelt sowie im Bereich der Entsorgung. Man möchte Synergien nutzen, Strukturen vereinfachen, Interessen der Agglomeration durchsetzen und diese im Standortwettbewerb besser positionieren. Man möchte auch ein Agglomerationsbewusstsein schaffen und kurzfristige, realisierbare Lösungen für Probleme anbieten können. Zu diesem Zweck habe man die Strukturskizze dieser neuen Agglomerationszusammenarbeit geschaffen und man wisse heute, dass im Mehrzweckverband Entsorgung - GALU und GKLÜ - die gefassten Beschlüsse gut funktionierten: Zusammenlegung der Vorstände, das sei bereits erfolgt, Prüfung weiterer zweckmässiger Strukturverbesserungen, daran seien die Verbände, und man möchte ihnen grosse Vorschusslorbeeren geben. Der zweite Verband sei der Mehrzweckverband Verkehr und Raumplanung, dort sei man noch nicht ganz so weit, es habe sich dort eine Eigendynamik entwickelt, hauptsächlich im Verband öffentlicher Verkehr, welcher sich in der nächsten Zeit weiter entwickeln werde, allenfalls in ein zentralschweizerisches Kompetenzzentrum. Man hoffe weiterhin, dass auch dort Fortschritte erzielt werden könnten. Eine wichtige Funktion habe nun dieser sogenannte "Mister Agglo", welcher zwischenzeitlich in der Person des Direktors Jürg Meyer gefunden worden sei. Dieser Netzwerkmanager hätte die folgenden Aufgaben zu verwirklichen: Die Idee dieses Netzwerkes, die Agglomeration in Schwung zu behalten, die Hebel in Bewegung zu setzen. Dazu brauche es einen Manager, einen projektorientierten Mann oder eine ebensolche Frau, die das könnten. Herr Meyer habe dies bewiesen, er sei der Direktor des GKLÜ und GALÜ und in den Gemeinden bestens bekannt und wisse, wie unsere Agglomeration funktioniere. Die erste Aufgabe dieses Netzwerkmanagers sei, das sei auch in den Statuten festgehalten, das Lobbying für die allgemeinen Anliegen der Agglomeration, und zwar im Grosse Rat, was sehr wichtig sei; man wisse, dass unsere Agglomeration des öftern hinten anstehe, weil sie ein zu wenig starkes Lobbying und einen zu wenig geschlossenen Auftritt vorweise. Auf der nationalen Ebene sei das Lobbying auch ausserordentlich wichtig. Dieses werde auch situativ durchgeführt, je nachdem, mit welchem Aufgabenbereich man sich befasse. Der zweite Aufgabenbereich des Mister Agglo sei die allgemeine Information der Öffentlichkeitsarbeit. Heute habe man eine total verzettelte Öffentlichkeitsarbeit in diesen Zweckverbänden; praktisch jeder gäbe ein separates Orientierungsblatt heraus. Das könne man bündeln, Ressourcen könnten gespart werden, die Bevölkerung sei auch zu sensibilisieren. Das Mittel sei eine gemeinsame Publikation, und man sei schon ziemlich weit bei dieser Aufgabe, habe man doch in den letzten zwei bis drei Jahren mit dem Newsletter und mit der Berichterstattung im Anzeiger gearbeitet. Der dritte Punkt seien die projektorientierte Förderung und Unterstützung der Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen. Da sehe man, dass man in den Bereichen von Kultur, Sport, Umweltschutz, Sozialen Anliegen noch Probleme habe in unserer Agglomeration, welche man miteinander aufgleisen könne. Er denke an die familienergänzende Kinderbetreuung, wo dies ein abgeschlossenes Projekt betreffe; dort könnte man weiter arbeiten. In der Agglomeration seien noch Aufgaben und Themen, welche es zu bearbeiten gebe. Zu Recht sei auch gefragt worden, welche Rechtsform man hier gewählt habe. Die Rechtsform sei ein Verein mit dem Namen "Luzern Agglo Contact "(LAC)" - eventuell werde dieser Name noch etwas geändert; ein Verein deshalb, weil das die einfachste Rechtsform sei. Die Mitglieder seien die 15 Agglomerationsgemeinden, Mehrzweckverbände und weitere Organisationen aus Kultur, Sport und Wirtschaft. Es wäre auch möglich, dass Private sich diesem Verein anschliessen und Vereinsmitglied werden könnten. Er zeige kurz das Organigramm auf. Das oberste Organ sei die Vereinsversammlung, das zweitoberste der Vorstand. Der Geschäftsführer sei der Vereinsversammlung und dem Vorstand unterstellt und werde in den drei aufgezeigten Ressorts arbeiten. Zum Thema Fusion: Dieses Thema sei bereits vor zwei bis drei Jahren aktuell gewesen; wenn man in einer "Firma" oder in einem Verein zusammen arbeite, könne man sich dem nicht verschliessen. Diese Frage tauche dann irgend einmal auf, um allenfalls ein besseres Resultat erzielen zu können. Dieses Gespräch sei hauptsächlich dann aufgeflammt, als Luzern zusammen mit Littau diese Agglomerationsgespräche geführt habe. Beide Vorschläge - von PASL und Fusionsgedanke von Littau - ergänzten und befruchteten sich gegenseitig. Beide seien eine Vereinfachung der Struktur; im Perimeter habe man einen Ansprechpartner weniger. Beide fänden im Perimeter des PASL oder im Verein LAC statt und stellten kein Hindernis dar für Gemeinden, welche diesen Schritt wagen möchten. PASL oder der Verein LAC entwickle mit der Zusammenarbeit kurzfristig realisierbare Themenlösungen. Kurze, realisierbare Projekte, die man aufgleisen könne, und die auch zu einem Resultat führten. Fusionen seien langfristige Visionen, und dabei bleibe er, dass Horw mit Luzern in jenem Zeitrahmen, in welchem er noch Gemeindepräsident sei, sicher nicht

dent sei, sicher nicht fusioniere. Er zeige anhand einer Folie auf, wer sich ideenmässig mit dem Thema Fusion auseinander setze. Es seien Littau und Luzern - wohl das Prominenteste - und zwar auf der Ebene Gemeinderat/Einwohnerrat und Stadtrat von Luzern, das laufe in dieser engen Kombination. Ferner sei auch ein Verein "Zukunft Luzern" gegründet worden. 2007 solle die Bevölkerung darüber abstimmen, ob die beiden Gemeinden zusammengehen möchten. Ferner habe man Ebikon und Luzern - Ebikon richte sich womöglich aber auch noch etwas gegen Osten Richtung Zug aus; diese Diskussionen liefen auf der Ebene Gemeinderat. Auch Emmen und Luzern stünden zur Diskussion, dort sei der Anstoss jedoch aus den Parteien gekommen. Er möchte nun noch ein paar Richtigstellungen und Erklärungen zum Postulat selber machen, aber selbstverständlich auch eine Bestätigung anbringen. Im Postulat werde von 15 Gemeinden gesprochen, das stimme; alle hätten in einem "Letter of intent" unterschrieben, dass sie in den nächsten vier Jahren diesem Verein beizutreten gedächten und Fr. 1.10 pro Einwohner bezahlen würden, limitiert auf die vier Jahre, das ergäbe dann umgerechnet ca. Fr. 210'000.00. Die Fr. 275'000.00 seien das Budget; dieses Geld müsse aus Wirtschaft, Kanton oder vom Bund eingeholt werden. Zum PASL betreffend Statuten: Er erläutere den Zweckartikel, vorab die Präambel. Es werde nachvollzogen, weshalb man so etwas mache, und weshalb unsere Agglomeration näher zusammen rücken und sich besser positionieren müsse. Der Hauptzweck bei Art. 2 sei die Lobbyarbeit auf allen Ebenen für die Anliegen der Agglomeration Luzern und diese stärke in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Anliegen der Agglomeration. Das sei ein ausserordentlich wichtiger Punkt, welcher in den nächsten Jahren noch viel mehr Gewicht erhalten solle. Der zweite Punkt sei nun gut zu lesen und richtig aufzufassen: "Luzern Agglo Contact fördert Bestrebungen aus den Agglomerationsgemeinden für eine verbesserte Zusammenarbeit sowie für Gemeindegemeinschaften und unterstützt diese subsidiär." LAC gehe nicht in die Gemeinden und sage, man wolle jetzt fusionieren, sondern LAC fördere Bestrebungen aus den Agglomerationsgemeinden. Wenn also zwei Gemeinden Bestrebungen hegten, eine verbesserte Zusammenarbeit zu suchen oder sich miteinander zusammen zu schliessen, dann solle sich LAC eingeben und subsidiäre Unterstützung leisten. In diesem Sinne habe LAC nicht als Hauptziel, ein Gross-Luzern zu realisieren. Drittens erbringe LAC weitere Dienstleistungen zum Nutzen der Agglomeration Luzern, namentlich in folgenden Gebieten: Initiierung neuer Projekte - eine Fusion könne auch ein Projekt sein, welches man subsidiär unterstütze -, stelle eine subsidiäre Übernahme dieser Projekte sicher und überführe diese in eine zweckmässige Trägerschaft. So etwas habe man bereits gehabt, nämlich die familienergänzende Kinderbetreuung unter der Leitung der ehemaligen Sozialvorsteherin von Malers. Dieses Projekt habe man breit aufgegleist und es sei abgeschlossen. Jetzt müsse man das in eine sinnvolle Trägerschaft überführen, damit es verwirklicht werden könne. Der nächste Punkt sei Information und Beratung der Vereinsmitglieder in Fragen von regionaler Bedeutung, ferner Handeln im Auftrag von Mitgliedern oder Erbringen von Dienstleistungen für Mitglieder in speziellen Bereichen. Viertens arbeite LAC mit anderen Regionen sowie mit Bund, Kantonen oder Gemeindeverbänden oder mit dem Verein für Luzerner Gemeinden zusammen. Das sei der Zweckartikel, welcher sehr wichtig sei. Er hoffe, dass die Fragen entsprechend hätten beantwortet werden können. Betreffend gemeinsamem Kulturtopf habe man eine neue Absicht, es sei heikel, wenn man das heute bereits sage. Der neue Finanzdirektor des Kantons Luzern habe eine neue Idee betreffend einer kulturellen, finanziellen Beteiligung zwischen Kanton und Gemeinden. Das Problem sei etwas falsch verstanden worden. Zu den verkappten Verhinderern teile er mit, dass man im Vorstand vorgesehen habe, einen SVP-, einen CVP-, einen FDP- sowie einen parteilosen Vertreter zu haben. Ferner habe man zwei Vertreter aus der Wirtschaft dabei, welche in diesem Vorstand aktiv sein sollen. Dass man in einen Vorstand einer solchen Institution nicht sieben Gegner engagiere, das sei wahrscheinlich logisch. Man möchte intelligente, kooperative Leute, welche auch mitdenken würden. Weiter habe man im Verband bereits Zusagen zu kooperativer Zusammenarbeit vom Verein Luzerner Gemeinden, welcher sehr begrüsse, einen Ansprechpartner in der Region zu haben, sowie vom kantonalen Gewerbeverband Luzern, dieser möchte auch als Aktivmitglied beitreten. An der regionalen Versammlung sei das von allen örtlichen Gewerbevereinen einstimmig beschlossen worden. Er bestätige wie folgt, und das stehe heute noch,: Für den Gemeinderat von Horw sei eine Fusion mit Luzern oder einer anderen Gemeinde kein Thema. Man habe noch nie mit einem anderen Gemeinderat über eine Fusion diskutiert oder Verhandlungen geführt, das gelte auch für einzelne Gemeinderäte und für ihn selber. Hätte er sogar einen Auftrag des Gemeinderates gehabt, hätte er das nicht getan, das zur Erklärung, Richtigstellung und Bestätigung. Er möchte nun noch ein paar politische Überlegungen anstellen. Der Verein LAC werde jetzt konstituiert. Es sei das einzige Gremium, das sich interregional mit der Agglomeration und mit deren Bedürfnissen auseinander setze. Hier nicht mitzumachen oder mitzugestalten wäre ein kapitaler Fehler. Horw würde sich damit die Mitgestaltung der gemeinsamen Zukunft unserer Agglomeration versagen, eigentlich mit verbundenen Augen mit dem Rücken zur Zukunft stehen. LAC werde diese Diskussionen um Fusionen führen müssen, es könne und werde keine Fusion erzwungen werden. Weil Fusionen einzig und allein aus den einzelnen Partnern und Gemeinden entstehen könnten und letztlich auch in den einzelnen Gemeinden darüber abgestimmt werden müsste. Vielmehr werde der Verein LAC der Ort sein, in dem über die Formen der Zusammenarbeit diskutiert werde, unter anderem auch über Fusionen. eine solche Diskussion dürfe dieses Thema nicht ausschliessen, das komme automatisch, wenn zwei Partner zusammen arbeiteten. Das heisse aber nicht gleichzeitig, dass jeder, welcher beim Verein LAC mitmache, fusioniert werde. Man könne das mit der Organisation eines Turnvereins vergleichen. Alle Mitglieder des LAC seien im Interesse der Region zusammen geschlos-

sen, deshalb gehöre auch Horw hier hinein. LAC habe ein prominentes und durchsetzungsstarkes Team engagiert, Paul Huber sei eine ausserordentlich starke Persönlichkeit; Jürg Meyer bilde mit Paul Huber ein gutes Team, was notwendig sei. Wenn bei 15 Gemeinden eine gemeinsame Linie gefunden werden solle, dann brauche man nicht lethargische Leute, sondern jemanden, der Schub, Ideen und Visionen habe und sich auch engagiere; diese Visionen dürften sogar einmal über die Grenzen hinaus schießen. Diese Exponenten sollten die Themen letztlich in die öffentliche Diskussion hinein bringen. Es werde aber stets so sein, dass der Vorstand dieses Vereines, dem diese Gemeinden beiträten, die strategische Stossrichtung vorgebe. Nur wer in diesem Verein vertreten sei, könne auch die Strategie mitbestimmen. Wer dort vertreten werde, der werde auch vom Kanton wahr genommen. Sich dort aus einer Abneigung gegen Fusion nicht beteiligen zu wollen, sei strategisch unklug und materiell für Horw auch schädlich. In der Agglomeration Luzern gäbe es Kräfte, welche Gemeindegemeinschaften befürworteten. Es gäbe legitim auch solche, die dagegen seien. LAC müsse sich dieser Diskussion stellen, das Leitbild von PASL, welches 2002 verabschiedet worden sei, zeige den Weg. Der Weg der Zusammenarbeit stehe für die Agglomeration als Ganzes im Vordergrund. Es wäre unklug, LAC als Ganzes zu verwerfen, nur weil man in der Frage von Gemeindefusionen eher zurückhaltend sei. Die Agglomeration Luzern könne es sich mit Blick in die Zukunft nicht leisten, auf eine Organisation von gemeinsamen Interessenvertretern aller Agglomerationsgemeinden zu verzichten. LAC sei eine Chance, und es gäbe dafür keine Alternative. Man dürfe nicht länger zusehen, wie die Interessen der Agglomeration zu kurz kämen und sich darüber noch beklagen. Es gelte, Nägel mit Köpfen zu schlagen. Ansonsten blieben wir im letzten Jahrhundert stehen. Es brauche jemanden, der Schub in unsere Agglomeration hinein bringe, und das könnte der Verein LAC sein. Man solle nun mithelfen, mit einer mutigen und profilierten Gemeinde und mit allen Beteiligten in die Zukunft zu gehen. Der Gemeinderat empfehle dem Einwohnerrat, das Postulat abzuweisen.

Pia Christen-Martino weist darauf hin, dass es am 20. Dezember 2005 nicht darum gehe, zu fusionieren, das streiche sie nochmals heraus. Es gehe um die Gründung eines Vereins, welcher die Zusammenarbeit der Agglogemeinden fördere, das sei sehr wichtig. Ferner wäre es fast eine Katastrophe, wenn nun die Gemeinde Horw bei diesen 15 Gemeinden nicht dabei wäre. Sie bitte, das Postulat abzuweisen.

Roger Jenni hält fest, wenn sich der Gemeindepräsident für eine Sache einsetze, dann mache er das mit Bravour und überzeugenden Argumenten. Doch ihn würde dann interessieren, weshalb Gisikon, Honau und Udligenswil dieser ganzen Sache den Rücken zugekehrt hätten. Bei Honau lasse sich vermuten, dass es geografisch sei, aber Udligenswil habe eine ähnliche Ausgangslage wie Horw auch. Ihn interessiere deren Beweggründe für das Nicht-Mitmachen, das wären dann die Kontra-Argumente. Es wäre schön, wenn man diese auch hören würde. Er wäre froh, wenn der Gemeinderat über diese Argumente auch noch Auskunft geben könnte.

Hans-Ruedi Jung fand die Ausführungen des Gemeindepräsidenten sehr fundiert, mit Blick zurück auf das PASL, aber auch mit Blick vorwärts in die Zukunft der Agglomeration Luzern. Er würde ihm auch alles, was er gesagt habe, gerne glauben, und er denke auch, dass er es so meine. Wenn er sich nun etwas kritisch äussere sei das nicht deshalb, dass er die Glaubwürdigkeit des Gemeindepräsidenten in Frage stellen möchte, sondern ihn beschleiche ein ungutes Gefühl, wenn er den Statutenentwurf und das Interview von Paul Huber lese und wenn er noch das Interview mit Frau Schärli in der Neuen Luzerner Zeitung lese, und das ihn umso mehr beschlichen habe, in je mehr Verbänden man mitmache. Mit verschiedenen Verbänden habe man Erfolg gehabt, man habe aber auch Verbände, welche aus seiner Sicht weniger erfolgreich agierten oder es nicht im Sinne von Horw sei, wie sie agierten und wo man im Prinzip durch den Beitrag nichts anderes machen könne als bezahlen und zustimmen. Er fürchte, dass man mit dem Luzern Agglo Contact (LAC) sehr gute Zwecke verfolge, wenn man beispielsweise § 2 lese. Praktisch der ganze Paragraph sei absolut unterstützungswürdig, aber leider sei im Abs. 2 die unselige Formulierung, die Bestrebungen von Gemeindegemeinschaften und subsidiäre Unterstützung beinhalte. Er finde es schade, dass man das Ganze nun mit dem belaste, und dass man nicht einfach sage, wir wollten alles unternehmen, um die Zusammenarbeit in der Agglomeration zu verbessern; dort habe man sicher Handlungsbedarf und dort müsse etwas gehen, hier stimme er mit dem Gemeindepräsidenten völlig überein. Er stimme vielleicht nicht bei sämtlichen Punkten überein, beispielsweise beim Verkehr sei ausgerechnet ein Gemeinwesen eher passiv gewesen, wo Herr Huber unter anderen mitgeleitet habe. Wahrscheinlich würde man heute anders da stehen, wenn dieses Gemeinwesen sich vorher für die Agglomeration Luzern eingesetzt hätte. Von dem her sei seine Glaubwürdigkeit bezüglich Fusionen und Zusammenarbeit nicht ganz unbeeinträchtigt. Er erinnere auch an das Zusammenlegen der Zivilstandsämter, was aus seiner Regie angegangen worden sei und wo wir uns Gott sei Dank hätten heraushalten können, weil es am Schluss eine wesentlich teurere Übung geworden sei als seitens des Kantons prognostiziert. Das seien alles kleine Mosaiksteinchen, welche nicht entscheidend sein können; doch er habe ein ungutes Gefühl, wenn er Herrn Huber sprechen höre; und er wisse, dass dieser nicht etwas unbesehen und unüberlegt spreche. Das seien wohl überlegte Worte, und diese hätten einen klaren Hintergrund. Er stimme im Punkt "ohne verkappte Verhinderer" überein; er möchte keine verkappten Verhinderer in diesem Vorstand, er möchte eine offene Opposition, jene, die sagten was sie wollten und was nicht und nicht alles abnickten und zustimmten. Es gäbe weitere Punkte im Statuten-

entwurf, welche ihm zu denken gäben; beispielsweise § 5, Zusammensetzung Stimmrecht. Beim Betrachten des Abs. 2 müsse er, überspitzt formuliert, annehmen, dass man sich diese Stimmen erkaufen könne. Pro angebrochene tausend Einwohner habe man eine Stimme, das gäbe für Horw 12 Stimmen, die Stadt Luzern vielleicht 60. Ferner hätten die Gemeindeverbände und der Kanton auch Stimmen, der Kanton pro 5000 Einwohner eine Stimme, das müsste man dann für den Kanton Luzern umrechnen. Letztlich hätten die natürlichen Personen eine Stimme; wenn nun die gesamte SVP Luzern diesem Verein betreten würde, dann sei dieser aufgelöst. Dann hätte man darin natürliche Personen als Mitglieder, welche alles andere überstimmen könnten. Er frage sich auch hier, ob man auf gutem Wege sei oder ob das Primat der Mitgliedschaft und der Zäblerschaft bei den Gemeinden sein müsste. Es sei ja ein Verein, welcher unsere Gemeinden in der Agglomeration stärken solle. Es sei logisch, dass der Kanton und die Zweckverbände Mitglieder seien. Aber wenn der Verein dann von irgend welchen individuellen Personen dominiert werden könne, dann wäre die Gemeinde Horw vielleicht mit 10 Personen vertreten und jene anderen natürlichen Personen könnten dann diese 10 Personen überstimmen. Auch dort habe er seine Zweifel. Er selber wisse auch nicht ganz, was er machen solle. Auf der einen Seite wolle er sich nicht einer Zusammenarbeit verschliessen. Es müsse sein - und Alex Haggenmüller habe das ausdrücklich gesagt -, doch er erschrecke nicht gleich über die Studie Held. Herr Held sei eine eigene Persönlichkeit, man kenne ihn, er habe seine Vorzüge, aber auch seine Eigenarten, und das Ganze sei etwas zu stark Zürich-orientiert. Es solle uns aber nicht davon entbinden, hier intensiv zusammen zu arbeiten. Wenn wir nachher im Zweckartikel praktisch die Förderung von Fusionen drin hätten, dann bekunde er Mühe. Er frage sich, was er nun machen solle: das Postulat nicht unterstützen im Glauben daran, dass schon alles gut komme, oder das Postulat unterstützen nach dem Motto "vorsichtig sein, nicht einfach alles glauben".

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller hält fest, dass Udligenswil und Honau zwei Landgemeinden seien, welche aus ihrer Sicht wenig mit der Agglomeration zu tun hätten und deshalb Abstand davon nähmen. Bei Gisikon habe man eigentlich nie richtig gewusst, weshalb diese Gemeinde nicht mitmache, vielleicht würde sie dereinst noch beitreten, doch Gisikon sei nicht eine Gemeinde, welche unbedingt dabei sein müsse. Wichtig sei, dass die restlichen 15 Gemeinden bis und mit Hergiswil - die freiwillig dabei sei - mitmachten. Hergiswil habe das Gefühl, auch zur Agglomeration Luzern zu gehören, vom Verkehr, vom Wirtschaftsraum, der Kultur, der Gesellschaft und von den Wohnlagen her. Deshalb träte Hergiswil auch bei. Deswegen sei es sehr wichtig, die Gemeinden um die Stadt Luzern herum einzubinden, das sei der nächste Kern. Die andern seien sicherlich auch sehr herzlich willkommen, aber aus diesem Grund seien Udligenswil und Honau nicht dabei, weil sie zu weit weg seien. Zu den Verbänden: Man bezahle nicht nur für diese Verbände, sondern man kaufe auch sehr grosse Dienstleistungen ein. Er denke an den öffentlichen Verkehr, man kaufe dort gewaltige Pakete ein. Er denke auch an die GALU und GKLÜ, von denen man unwahrscheinliche Pakete einkaufe, oder andere Formationen wie die Regionalkonferenz Kultur, wo man mit einem bescheidenen Beitrag verschiedene Kulturinstitutionen unterstützen könne. Er denke auch an den Bibliotheksverein Luzern, wo man ebenfalls ein Paket einkaufe. Eventuell sei es bei der regionalen Wirtschaftsförderung Luzern gewesen, wo man gedacht habe, nur zu zahlen und nichts davon zu haben. Aus diesem Grund habe man beschlossen, aus diesem Verband auszutreten, weil man mit dem Resultat nicht zufrieden sei. Übrigens könne man aus jedem Verein wieder austreten, mit dem man nicht zufrieden sei, auch aus dem Verein LAC. Der Kanton Luzern sei beim PASL ebenfalls dabei gewesen, doch bei Luzern Agglo Contact möchte dieser nicht mitmachen, weil allenfalls der Verein LAC des öfters etwas andere Ansichten vertreten werde als die Regierung selber. Doch das sei typisch für den Kanton: man wolle nicht beitreten, auch nicht bezahlen, aber sagen, wie man es machen müsse. Das kenne man bereits, das sei bei verschiedenen Themen so. In diesem Sinn möchte man für einmal nicht auf den Kanton hören und auch nicht unbedingt jenen Forderungen folgen, sondern man mache in der Agglomeration selber etwas. Die kleinen Mosaiksteinchen dürften eigentlich nicht das grosse Gefüge auseinander werfen. Aus diesen Gründen habe man am nächsten Mittwoch eine 2. Lesung bezüglich Statuten, wo auch nochmals Anträge gestellt werden könnten. Art. 2 sei doch nicht richtig verstanden worden, es gehe darum, dass Luzern Agglo Contact Bestrebungen für eine verbesserte Zusammenarbeit und Gemeindegemeinschaften aus den Agglomerationsgemeinden fördere. Nur wenn Bestrebungen aus diesen Gemeinden kämen, beispielsweise aus Horw und Luzern oder aus Horw und Kriens, dann werde LAC unterstützen und subsidiäre Schützenhilfe gewähren, das sei ein Unterschied. Fördern wäre ein aktiver Part. Unterstützen sei ein passives Wort. So wie es hier stehe, fördere man etwas, wenn zwei Gemeinden etwas von LAC wollten, dann stehe man nicht abseits. Man wolle nun probieren, die berechtigten Bedenken aufzunehmen, er werde diese auch weiter geben. Doch dieses Mosaik dürfe deswegen nicht kapputt gemacht werden.

Roger Jenni weist darauf hin, dass der Gemeindepräsident gesagt habe, dass diese Organisation ein Verein sein werde. Wie es in den meisten Vereinen üblich sei, hätten diese jedes Jahr eine Generalversammlung und jedes Jahr werde darüber befunden, ob man nun ein Mitglied aufnehme oder nicht. Wenn nun Bedenken bestünden, dass man bei der Gründung nicht dabei sein und nicht aufgenommen werden könnte, müsste es eigentlich möglich sein, zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten. Die Gemeinde Horw sei sicher eine gern gesehene "Braut"; steuergünstig, mit einem guten Naherholungsgebiet, mit einer Top-Infrastruktur werde Horw sicher auch in einem Jahr noch gerne aufgenommen. Er sei nach wie vor in der selben Ungewiss-

heit, ob nun die PRO- oder die KONTRA-Argumente die treffenderen seien. Man schaffe hier eine sehr grosse Verunsicherung, dass es am Schluss daran scheitern könnte, dass er für die Überweisung des Postulates sei, weil er gar nicht mehr wisse, was er von all dem halten solle. Es gebe so viele PRO- und KONTRA-Argumente. Das aus dem einfachen, Ausschlag gebenden Grunde, weil das, was ihr "Chef" hier dem Rat vorprojiziert habe, immer noch all dem widerspreche, was heute Abend informiert worden sei. Wenn Herr Huber schon so ein dominanter, beherrschender Mann sei, dann sei das Risiko hoch, dass man letztlich lieber an diesem Artikel hängen bleibe, als den nett gemeinten, überzeugenden und schlagkräftigen Argumenten des Gemeindepräsidenten. Er mache beliebt, das Ganze um ein Jahr zu verschieben; wenn andere Postulate oder Motionen ebenfalls ein Jahr lang liegen bleiben könnten, und es dort dem Gemeinderat auch nicht darauf ankomme.

Pia Christen-Martino findet "Heiraten" eine gute Sache, man solle jetzt nicht wegen diesen Fusionsgelüsten von Paul Huber sagen, dass Horw nicht dabei sei bei dieser Gründung. Das sei eine gute Sache und Roger Jenni könne auch lesen. Alex Haggenmüller habe das gut erklärt und erläutert. Zusammenarbeit sei positiv, und darum gehe es ja primär. Man müsse miteinander die Anliegen der Agglomerationsgemeinden angehen. Heiraten müsse nicht negativ sein.

Esther Maria Jost findet, dass das nun ein Prozess sei, der über 10 Jahre hinweg gelaufen sei. Es seien viel Energie und viele gute Ideen eingebracht worden. Wenn wir nun einfach sagten, Horw mache hier nicht mit, so werde für Horw ein Prozess unterbrochen, der eigentlich zeitgemäss sei und irgendwo laufen müsse. Man komme nicht darum herum, sich der heutigen Entwicklung der Zeit zu stellen. Es sei nicht gesagt, dass man danach gezwungen werden könne, mit irgend jemandem fusionieren zu müssen. Doch wenn man dort 12 Stimmen habe, dann spreche man mit. Wenn man dort nicht Mitglied sei, dann habe man keine Stimme und kein Sprachrohr und habe nichts zu sagen bei der Entwicklung der Agglomeration Luzern, und das sei etwas sehr wichtiges. Wenn man seitens der FDP stets über Wirtschaftsförderung spreche, dann sei es absurd, in diesem Verein nicht mitmachen zu wollen. Wenn man jetzt noch überlege und mit der Unterschrift zuwarte, dann könnte man im Nachhinein noch überlegen, ob es gut sei, dass Horw jetzt auch noch beitrete, dann sei das auch ein Zeichen, das man setze. Ein Nicht-Mitmachen wäre ein Zeichen, dass Horw mit der heutigen Entwicklung nicht mitzumachen gedenke. So etwas könnte sie als Horwerin nicht unterstützen.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller muss dem Votum von Roger Jenni widersprechen, seine Ausführungen seien nicht "nett gemeint", sondern das seien Fakten. Ferner sei Herr Huber nicht der "Chef", sondern er sei der Präsident des Vorstandes. Dort seien sechs konstruktive und kritische Personen dabei, und dieser Vorstand entscheide miteinander, was der Präsident allenfalls mit dem Geschäftsführer, welcher sehr pragmatisch arbeite und ein sehr guter Projektmanager sei, zusammen umsetze. Der Chef des Gesamten sei die Delegierten- oder Vereinsversammlung, die auch das Jahresprogramm genehmigen müsse und über das man sich äussern könne. Das sei Mitgestalten und Mitbestimmen. Wenn Horw dort nicht dabei sei, könne man nicht mitgestalten und nicht mitbestimmen, sei aber stets im selben Boot und komme nicht darum herum, mit der Agglomeration doch mitzumachen. Weshalb, frage er, hätten gewisse Anwesende Angst, dass jetzt Horw fusioniert würde. Eine allfällige Fusion von Luzern und Littau tangiere Horw nicht. Auch andere allfällige Fusionen in der Agglomeration Luzern tangierten Horw nicht, es gäbe dann im Verein LAC einfach einen grösseren Ansprechpartner; im Prinzip würde es noch effizienter, wenn man weniger Ansprechpartner hätte. Für Horw sei das kein Thema, dass solche Gespräche stattfänden oder stattgefunden hätten. Die Horwerinnen und Horwer müssten bei einer solchen Idee selber mitbestimmen; er könne sich nicht vorstellen, dass der Gemeinderat von Horw selbständig aktiv werde, da müsste man ja sogar einen Planungsbericht an den Einwohnerrat verfassen, danach würde sicherlich eine Volksabstimmung stattfinden. Wenn Horw keine Fusion wolle, dann passiere das nicht. Wenn andere Gemeinden zusammen fusionieren wollten, dann sollten sie das machen, wenn das der Sinn und Zweck sei. Er sei ruhig und guter Dinge, dass Horw in diesem Verein mitmachen dürfe und auch mitgestalten sollte. Es wäre auch penibel, wenn man erst ein Jahr später beitreten würde, nachdem man einen solch gewaltigen Vorlauf gehabt hätte und nachdem die Ratsmitglieder nun diese Auskünfte erhalten hätten. Die selben Auskünfte werde Herr Huber auch erteilen. Herr Huber könne ja die Vision einer Fusion haben, es gäbe immer Gegner und Befürworter. Aber es bestimmten stets noch die Mitbürger und Mitbürgerinnen, ob sie das wollen oder nicht. Das werde nicht Herr Huber selber bestimmen.

Irène Zingg-Vetter stellt fest, wenn man Luzern und die umliegenden Gemeinden von oben her anschau, dann sehe man eigentlich keine Grenzen, sogar bis Honau und Gisikon hinaus. Sie sei absolut dafür, dass wir in Zukunft unsere Probleme gemeinsam lösen müssten. Sie denke auch nicht, dass die Eigenständigkeit von Horw durch diesen Beitritt gefährdet wäre. Sie habe aber ein ungutes Gefühl, weil der Rat fast zu wenig Zeit habe, dieses Postulat seriös zu behandeln, man komme fast unter Druck. Für die Zusammenarbeit könne man mit gutem Gewissen sagen, dass man hier mitmachen sollte.

Alwin Larcher hält fest, dass der Gemeindepräsident sehr ausführlich dargelegt habe, was bereits getätigt worden sei und was der Zweck der Übung beim Verein LAC sei. Er sei jedoch dem Hauptpunkt des Postulates sorgfältig ausgewichen, das sei das Wort "Fusion". Solange es Artikel vom führenden Mann dieses neuen Gebildes gäbe, welcher nun eindeutig aussage, dass Fusionen gefördert werden sollen, ja, dass ohne Fusion keine vernünftige Agglomerationszusammenarbeit entstehen könne, so lange sei man nicht davon überzeugt, dass es eben nicht der "Wolf im Schafspelz" sei. Von Hergiswil sei gesprochen worden: Hergiswil sei im Kanton Nidwalden und diese Gemeinde hätte nicht das geringste Risiko, dass sie einmal so oder so durch den Zwang dieser Verhältnisse bei Luzern fusioniert würden. Das seien im Grunde genommen Trittbrettfahrer, nichts anderes. Sie machten zwar mit, hätten den Zugang zu sämtlichen Informationen, profitieren von der Arbeit der Agglomeration, jedoch das Fallbeil hätten sie nie über sich, nämlich dass sie "nolens, volens" eines Tages fusionieren müssten mit Luzern. Der Gemeindepräsident hätte wohl gesagt, dass man ja gar nicht müsse, es müsse von den Gemeinden her kommen. Man höre bereits aus diesen Voten, dass man alleine in diesem Saal genügend Personen finden würde, welche eine solche Initiative unternehmen würden. Dass das nun von der Gemeinde her kommen müsse, das sei nun kein Argument, das könne man jederzeit herbringen, ja fast provozieren. Im Schlussabsatz des Postulates stehe ein Wort, nämlich "fordern den Gemeinderat deshalb auf, von einem solchen Schritt definitiv abzusehen". Definitiv sei nun auf dieser Welt nichts. Aber bevor man von diesem Postulat weg komme, möchte er verbindlich und genau und ebenso ausführlich wissen, dass diese Fusionen nicht Punkt Nr. 1 seien - wenn man das Interview betrachte, komme man einfach zu dieser Überzeugung. Da habe man jetzt noch etwas Zeit, den Interessierten in zweckdienlicher Form zu sagen, "nein, das sei ein Fehler gewesen, er habe die schriftliche Äusserung des Betreffenden und auch von andern; Fusionen sind nicht ein Haupttraktandum unserer Tätigkeit." Dann könne man sehr wohl zu einem späteren Zeitpunkt unterzeichnen; das müsse nicht ein Jahr sein, es könne auch zu jenem Zeitpunkt sein, wenn die zusätzlichen Angaben geliefert würden. Das werde wohl nicht mehr bis zum 20. Dezember 2005 reichen, aber auch das sei egal. Hier möchte man genaue Auskunft darüber, und es sei übrigens auch schön, dass die Meinung, welche der Gemeindepräsident vor einem Jahr geäußert habe, auch wieder bekräftigt werde. Solange wäre dieser Schritt für ihn, wenn man das Postulat überweisen würde, definitiv. Wenn man hingegen neue Fakten bringe und seine Zweifel ausräume, dann sehe es wieder anders aus. Er und die SVP seien für überregionale Bestrebungen, man sei für eine gemeinsame Agglomeration, man sei nur nicht für das, was der Hauptzweck dieses Postulates sei. Der Gemeinderat sei nun am Zuge, er erwarte die Auskünfte und Fakten, andernfalls halte man am Postulat fest.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller findet es nicht ganz fair, wenn jetzt Alwin Larcher sage, er habe sich dem Wort Fusion nicht genügend gewidmet. Er habe das Wort ganz klar ausgedrückt und aufgezeigt, dass mit einer Zusammenarbeit, welche man anstrebe, auch über Fusionen zu diskutieren sei, da komme man gar nicht drum herum. Wenn zwei Parteien miteinander Zusammenarbeitsprojekte aufgleisten, komme irgend einmal die Diskussion, ob man es nicht gleich miteinander machen wolle. Das gäbe es in vielen anderen Vereinen auch, aber auch bei Gemeinden. Er verwehre sich, dass er das nicht ganz deutsch und deutlich gesagt habe. Er habe auch gesagt, dass eine Fusion nicht das Haupttraktandum sei. Das Hauptanliegen sei die Lobbying-Arbeit auf allen Ebenen, ferner Bestrebungen aus der Agglomeration, welche Zusammenarbeitsprojekte vorsähen, und diese subsidiär unterstützt werden sollten. Gleichzeitig sollen auch Projekte, welche aus den Agglomerationsgemeinden heraus kämen, für Gemeindezusammenschlüsse ebenfalls subsidiär unterstützt werden. Zu dem stehe er. Es dürften doch Initiativen aus den einzelnen Gemeinden heraus auch irgend etwas bewirken; das sei ein Instrument, welches unsere Demokratie ja kenne. Das könne eine Minderheit betreffen, die eine solche Initiative ergreife, aber auch eine Mehrheit. Wenn diese Initiative mehrheitsfähig sei, dann werde sie angenommen, das sei Demokratie. Wenn nun in unserer Gemeinde eine solche Initiative ergriffen würde, dann müsse sie zuerst noch mehrheitsfähig sein. Betreffend Hergiswil halte er fest, dass das ein treuer und guter Partner sei. Die Hergiswiler seien nicht Trittbrettfahrer, sondern sie beteiligten sich auch gebührend finanziell. In diesem Sinn sei das für die Hergiswiler wohl noch ein kleineres Problem gewesen, diesem Thema positiv gegenüber zu stehen. Hergiswil habe das zuerst mit dem Kanton Nidwalden absprechen müssen. Vielleicht bildeten die Kantone Luzern, Nidwalden und Obwalden dereinst einen gemeinsamen Kanton; das wäre eine Vision. Die Ratsmitglieder sollten ihm vertrauen, er sage ganz genau, was man wolle und was man mache. Er garantiere auch, dass man den Ausführungen, an denen man in den letzten fünf Jahren intensiv gearbeitet habe, wirklich vertrauen könne. Man solle jetzt mitgestalten und mitbestimmen. Man müsse auch aquirieren, damit man genügend Finanzen einbringe. Bezüglich Finanzen seien die Fr. 1.10 für vier Jahre limitiert, in den vier Jahren dürfe der Ansatz nicht verändert werden, das sei so unterschrieben.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist ist es ein Anliegen, dass bei weiteren Wortmeldungen neue Meinungen dazu kommen sollten. Er bitte die Anwesenden, neue Meinungen oder neue Erkenntnisse einzubringen.

Hans-Ruedi Jung stellt fest, dass es vorliegend um den Beitritt zum LAC gehe und nicht darum, ob man fusioniere oder nicht. Das gehe in einzelnen Voten, welche vor allem für die Fusion sprächen, etwas vergessen. Wenn in diesem Rat darüber abgestimmt werde, ob man nun beitrete oder nicht, heisse das nicht, dass man fusioniere oder nicht. Wenn man nun sage, Fusionen sei der Lauf der Dinge, dann halte er fest, dass es

hier keine Zwangsläufigkeit gäbe. Es sei alles relativ und Vergleiche mit Fusionen in der Luzerner Landschaft seien gar nicht zulässig, weil sie nicht vergleichbar seien. Ihm sei es ein Anliegen, dass er wohl die gute Meinung teile, dass es nicht direkt zur Fusion von Horw führen solle. Doch es sei gesagt worden, dass Bestrebungen aus den Agglomerationsgemeinden unterstützt würden, die Richtung bessere Zusammenarbeit gingen oder zu Zusammenschlüssen führen könnten. Nun frage er, was man mache, wenn die Stadt Luzern sage, sie wolle mit Horw fusionieren und Horw dann sage, dass man das nicht wolle. Was macht dann dieser Verein? Ferner verweise er auf Art. 2 Abs. 3 wo "initiiert neue Projekte" stehe; das wäre ja an und für sich unabhängig von einer Gemeinde, der Verein könnte von sich aus etwas aufgleisen. Damit habe er Mühe. Eventuell wäre es geschickt, wenn der Gemeinderat die Anliegen des Rates an diese Sitzung mitnähme. Man könnte sagen, dass man jene, welche fusionswillig seien, unterstütze, da könne man nichts dagegen haben, aber Horw hege sicher keine solchen Absichten. Der Zweckartikel sollte dahingehend formuliert werden, dass man die Zwangsläufigkeit von Fusionen oder das Anschein erwecken der Zwangsläufigkeit von Fusionen nicht in den Statuten so formuliere. Ferner, Horw habe immer noch Zeit, diesem Verein beizutreten. Natürlich wäre es ideal, wenn man gleich bei der Gründung dabei wäre, das wäre sicher auch ein positives Signal im Hinblick auf die Zusammenarbeit. Er frage aber jene, welche gesagt hätten, dass es einen schlechten Eindruck erwecke: wenn man nun nach vier Jahren zum Schluss komme, den Verein wiederum zu verlassen, was den schlechteren Eindruck mache, einen Monat später beitreten oder nach vier Jahren wieder austreten?

Jörg Stalder fragt sich, ob der Rat für grundsatzphilosophische Betrachtungen da sei, oder ob der Rat eher da sei, um konkrete politische Weichen zu stellen. Wenn Horw nun schon die Möglichkeit habe, einem Wagen, der leicht am Rollen sei, Bewegung zu geben, und der übrigens 1995 schwer aus dem Sumpf gezogen worden sei und jetzt ein wenig in Fahrt sei, dann müsste Horw diese Möglichkeit nutzen. Er möchte diesem Wagen kein Sandkorn vor die Räder legen. Ob dieser Wagen nun Richtung Fusion gehe oder nicht, das zeige die Zukunft, das wüssten wir jetzt noch nicht. Es sei nichts Verpflichtendes; es sei wie bei jedem Zusammenschluss, es müssten stets beide dafür sein. Wir hätten unsere demokratischen Rechte und wüssten, wie das laufe und wer am Schluss das Sagen habe. Aus seiner Sicht könne man dem bedingungslos zustimmen. Er finde, es gehe in die richtige Richtung, wie hätten Defizite in unserer Agglomeration, welche allen bekannt seien. Wenn man von Hochleistungszügen oder sonstigen Bahnen, von Arbeitsplatzabbau usw. spreche, dann habe man hier ein Instrument, dem etwas entgegen zu setzen. Man solle auf diesen Zug aufspringen und nicht warten, bis er schon angefahren sei. Es sei ein wichtiges Signal, wenn diese Agglomeration in der Schweiz geschlossen wahr genommen werde und nicht als zögerliche Truppe, die sich zuerst zusammenschaffen müsse.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller untermauert, dass, wer dem LAC beitrete, nicht fusioniert werde. In zehn Jahren könne das wieder ganz anders aussehen, das sei der Lauf der Dinge. Veränderungen seien stets möglich. Ein solcher Verein sei auch dazu da, solche Bestrebungen zu erkennen und allenfalls aufzunehmen und dort mitzuarbeiten. Die Gemeinde Horw könne sehr gute Beispiele für eine Zusammenarbeit vorweisen, man habe auch gezeigt, dass das in unserer Gemeinde funktioniere. Beispielsweise im Bereich Zivilschutz - zusammen mit Luzern und Kriens -, ferner der Ökihof oder andere Zusammenarbeitsmodelle im Bereich der Bibliotheken usw. Horw sei ein prominenter Partner und werde geschätzt; man habe sich nie vor Zusammenarbeit gedrückt. Auf die Frage, wenn Luzern fusionieren möchte, Horw aber nicht, meine er, die Frage sei erledigt und damit erklärt, dass man der Stadt Luzern mitteile, dass Horw nicht zu fusionieren gedanke. Damit seien die Diskussionen erledigt. Wenn Kriens beispielsweise mit Horw ein Projekt angehen wolle und Horw das Gefühl habe, dieses Projekt liege nicht im Willen der Gemeinde Horw, dann schreibe man Kriens, dass man nicht wolle. Dann wäre diese Übung abgebrochen. Wenn Horw ein positives Signal aussende, dann könnte man Unterlagen und Informationen beim Verein LAC einholen. Er habe bereits erklärt, dass der Gemeinderat nicht von sich aus eine Fusion aufgreifen könnte, sondern man müsste an den Einwohnerrat einen Planungsbericht richten, dieser müsste dann Signale aussenden, ob man das wolle oder nicht. Den Art. 2 Abs. 2 werde er an der nächsten Sitzung vom Mittwoch, 2. Lesung, nochmals zur Sprache bringen. Diese Bedenken, die übrigens auch noch von anderen Gemeinden kämen, bringe er dort ein. Die Themen würden in diesem Projektführungsausschuss diskutiert. Er erinnere aber daran, dass diese Projektorganisation einen demokratischen Willensprozess darstelle. Es wäre schade, wenn ein Belassen des Absatzes 2 dazu führen würde, dass die Gemeinde Horw dann sagen würde, dass man nicht mitmache. Das sei ein demokratischer Prozess, man habe in dieser Projektsteuerung auch stets so entschieden. Wenn der Absatz so belassen würde, dann müsste die Gemeinde Horw auch dazu stehen, wenn er wegfällt, könne man so oder so dazu stehen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist hört nun stets dasselbe; er frage an, ob jemand im Rat seine Meinung noch nicht gemacht habe.

Robert Odermatt kann den Ausführungen des Gemeindepräsidenten weitgehendst folgen. Die Frage von Hans-Ruedi Jung sei bis jetzt noch nicht beantwortet worden, nämlich jene, was der Verein dann mache, wenn die eine Gemeinde fusionieren wolle und die andere nicht. Er mache beliebt, dass sich der Gemein-

depräsident dafür einsetze, dass die zweite Hälfte des Absatzes 2 gestrichen werde. Wenn der Gemeindepräsident das dem Einwohnerrat so verbindlich sagen könne, dass er sich mit aller Kraft dafür einsetzen könne, dann seien er und Alwin Larcher bereit, dieses Postulat zurückzuziehen.

Roger Jenni weist darauf hin, dass die Zusammensetzung und das Stimmrecht kritisiert worden seien, doch es sei nie eine Antwort darauf gegeben worden, wie sich der Gemeinderat zu dieser Stimmkraftverteilung stelle. Ob er das in Ordnung finde, dass eine natürliche Person eine Stimme haben könne, wenn gleichzeitig eine Gemeinde 1000 Personen benötige, damit sie eine Stimme habe. Ob man darüber in zweiter Lesung noch intervenieren werde und was man beabsichtige, zu tun. In diesem Fall sähe das Ganze eher positiv aus.

Sacha Woodtli staunt, weshalb man nicht vorgängig informiert habe, hier spreche man seit mehr als einer Stunde über dieses Thema -. Der Gemeindepräsident habe vorhin auch einmal die Horwer Bevölkerung erwähnt; er frage sich, wie die Horwer Bevölkerung auf einen solchen Artikel reagieren würde. Das seien harte Fakten. Er hätte seitens des Gemeinderates etwas mehr Transparenz erwartet und nicht, dass das Thema nun zufälligerweise hier im Rat erscheine.

Rudolf Meier stellt den Antrag auf Abbruch der Diskussion. Die SVP habe klar geäußert, wenn der Gemeinderat allenfalls bereit sei sich an der nächsten Sitzung einzusetzen, dann wären diese bereit, das Postulat zurückzuziehen. Man habe einen Antrag, darüber werde abgestimmt, dann sei das Thema erledigt.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller findet es auch interessant, dass nun eine Stunde über dieses Thema gesprochen werde. Dieses Thema habe auch eine Stunde verdient und er habe gesagt, dass er etwas Zeit benötige. Es würde ihn reuen, wenn man früher abgebrochen hätte. Sacha Woodtli sei nun wieder jemand, der den Blickpunkt nicht lese. Darin werde seit Jahren periodisch stets über das PASL geschrieben, im letzten Blickpunkt übrigens eine ganze Seite lang, mit Fotos, einer Idee und vielem mehr. Das sei das Informationsblatt der Bevölkerung, diese müsse orientiert sein. Bezüglich Frage von Robert Odermatt, was dann der Verein LAC mache, wenn Horw Bestrebungen zeige, Luzern aber nicht. Dann mache der Verein nichts, weil das Anliegen nicht aus beiden Gemeinden komme. Dann habe man keine Legitimation. Den Hinweis von Roger Jenni bezüglich Mitglieder nehme er gerne mit. Man habe sich das bereits überlegt und die Gefahr der Einzelstimme auch erkannt, doch man denke nicht, dass es einen grossen Schub von Personen geben werde, die Einzelmitglied werden wollten. Er nehme das Thema gerne mit, man sehe den Gefahrenmoment. Ferner möchte er nun demokratisch vom Rat hören, ob er sich für die Streichung dieses Satzteils einsetzen solle oder nicht. Falls er einen entsprechenden Auftrag erhalte, werde er das sogar schriftlich vorbereiten und sich am nächsten Mittwoch dafür einsetzen. Im andern Fall würde er das so sein lassen. Es gehe hier um einen demokratischen Prozess.

Abstimmung

Antrag SVP-Fraktion, sofern sich der Gemeindepräsident anlässlich der Sitzung vom 23. November 2005 für die Streichung des 2. Teils von § 2 Abs. 2 der Statuten einsetzt, soll das Postulat Nr. 564/2005 zurückgezogen werden, annehmen.	15 Stimmen
Antrag SVP-Fraktion nicht annehmen.	13 Stimmen

Der Antrag der SVP-Fraktion wird somit angenommen. Der Gemeindepräsident setzt sich anlässlich der Sitzung vom 23. November 2005 für die Streichung des 2. Teils von § 2 Abs. 2 der Statuten ein. In diesem Sinne wird das Postulat Nr. 564/2005 zurückgezogen.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller unterstreicht nochmals, dass er sich anlässlich der Sitzung vom 23. November 2005 für die Streichung des 2. Teils von § 2 Abs. 2 einsetzen werde. Er werde das dem Projektausschuss schriftlich eingeben. Er bitte den Rat jedoch, wenn er unterliegen würde, dass das auch akzeptiert würde. Das sei auch ein demokratischer Beschluss.

Robert Odermatt bekräftigt, dass nach Rücksprache mit dem Mitunterzeichner bzw. mit dem Mitpostulanten - das Postulat zurückgezogen werde.

Traktandum 4 Fragestunde

Traktandum 5

Postulat Nr. 559/2005 Sibylle Wüthrich, L2O, und Mitunterzeichnende: Schulische Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule

"Soziale Entwicklungsfragen belasten die ganze Schule, den Unterricht und die einzelnen Lehrpersonen immer mehr. Öfters fallen Kinder bereits im Kindergarten und in den unteren Klassen der Primarschule aufgrund ihres Verhaltens auf. Lehrpersonen stossen an ihre Grenzen, wenn sie nicht auf professionelle Unterstützung durch Schulsozialarbeit bauen können. In Horw besteht besonders in der Schulsozialarbeit an der Unterstufe Handlungsbedarf, damit aufwändige und kostspielige Lösungsansätze wie z. B. Heimzuweisungen rechtzeitig erkannt und verhindert werden können. Ab Schuljahr 2005/2006 werden an den Horwer Schulen erste Erfahrungen in der Schulsozialarbeit an der Sekstufe 1 gemacht werden können. Bereits liefern verschiedene Agglomerationsgemeinden und die Stadt Luzern fundierte Auswertungen über mehrjährige Schulische Sozialarbeit. Da Horw erst im August 2005 mit einem Pilotprojekt beginnt, erachten wir es als wichtig, sich bereits heute mit der Schulsozialarbeit auf den Stufen Kindergarten und Primarschule auseinander zu setzen und die Auswertungen anderer Gemeinden einzubeziehen. Das Ende der Pilotphase der Sekstufe 1 abzuwarten und erst dann zu handeln, würde in den kommenden Jahren eine mögliche Qualitätseinbusse der Horwer Schulen zur Folge haben. Mit einer gut funktionierenden Schulsozialarbeit an der Unterstufe könnten sich sowohl Schüler/Innen wie auch Lehrpersonen besser auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, konzentrieren. Im Sinne einer weitsichtigen Planung ersuchen wir den Gemeinderat die Einführung der Schulischen Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule zu prüfen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten."

Karin Probst erläutert im Namen der nicht mehr im Rat vertretenen Sibylle Wüthrich den Vorstoss. Erzieherische Probleme und soziale Entwicklungsfragen würden den Unterricht auch an den Horwer Schulen zunehmend belasten, und zwar auf allen Stufen. Die allgemeine Problematik hätten die Ratskolleginnen und -kollegen ja erkannt und deshalb habe die schulische Sozialarbeit auf Sekundarstufe für das Schuljahr 2005/06 initiiert werden können. Die zuständige Fachperson leiste heute u.a. einen wichtigen Beitrag zur Früherfassung von Problemsituationen und ermögliche dadurch den Lehrpersonen, sich auf ihr Kerngeschäft - den Unterricht - zu konzentrieren. Die Erfahrungen aus dem Schulalltag zeigten allerdings, dass die Früherfassung auf der Sekundarstufe nicht immer früh genug sei. Damit die Einführung der schulischen Sozialarbeit auf Kindergarten- und Primarstufe wie im Legislaturplan vorgesehen per 2008 realisiert würde gelte es, einen frühzeitigen Initialstoss auszulösen. Mit diesem Postulat möchte man den Gemeinderat bei seiner weitsichtigen Planung unterstützen und ermuntern; nebst den Erfahrungen aus der gemeindeeigenen schulischen Sozialarbeit - auch von den Auswertungen anderer Gemeinden, welche bereits mehrjährige Projekte hätten - profitieren zu können. Wie im vorliegenden Postulat aufgeführt, würde das Abwarten des Pilotphasen-Endes auf der Sekundarstufe 1 möglicherweise eine Qualitätseinbusse auf der Horwer Unterstufe bedeuten. Die L2O ersuche um Überweisung dieses Postulates im Sinne der Kinder der Unterstufe.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller hält fest, dass die Postulantin wohl nicht hier sei; doch mit diesem Postulat renne man einfach ganz offene Türen ein. Diese Problematik sei nicht nur der L2O, sondern zwischenzeitlich auch dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat bestens bekannt. Seit dem August sei die Stelle der Schulsozialarbeiterin auf der Oberstufe der Horwer Schulen besetzt. Das entsprechende Projekt habe man sehr gründlich und unter Einbezug der beteiligten Stellen vorbereitet. Das sei ein sehr gut abgefederter Bericht und Antrag gewesen. Auf Antrag der Schulpflege habe der Gemeinderat bereits im Legislaturplan 2004-2008 eine Prüfung der Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf Primarschulstufe verankert. Der Gemeinderat verfüge über das Feeling, selber in etwa zu wissen, wann er mit einer solchen Prüfung ankommen müsse, dann nämlich, wenn die Erkenntnisse der Evaluation des laufenden Projektes der Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe berücksichtigt werden könnten. In diesem Sinn werde man sicher im Budget 2008 wiederum mit einem separaten Antrag diese Schulsozialarbeit auf der Kindergarten- und Primarschulstufe beantragen, auch im Finanzplan seien die finanziellen Mittel dafür vorgesehen. Im Prinzip müsse man den Gemeinderat nicht aufmuntern, er mache das nämlich bereits. Die Resultate anderer Gemeinden werde man darin ganz sicher berücksichtigen. Der Gemeinderat richte eine kleine Bitte an das Parlament: Sachen, die im Legislaturplan und sogar im Finanzplan enthalten seien und wo man sage, diese zu prüfen, solle man nicht noch mit speziellen Vorstössen untermauern; dies sei nämlich kontraproduktiv. Weil es dem Gemeinderat ein tatsächliches Anliegen und man gewillt sei, diesen Bericht und Antrag auf 2008 vorzubereiten und im Budget 2008 zu bringen, sei man auch bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Karin Probst beantragt Diskussion.

Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.

Karin Probst findet es angenehm zu hören, dass man offene Türen einrenne. Das Projekt erscheine der L2O-Fraktion jedoch wichtig genug, dass man das unterstütze und auch vorantreibe. Es sei auch schon vorgekommen, dass gemäss Legislaturplan nicht alles fristgerecht hätte umgesetzt werden können. Ihr sei es ein echtes Anliegen, dass das in diesem Zusammenhang eben nicht so komme. Aus diesen Gründen sei das Postulat eingereicht worden und es freue sie, wenn der Gemeinderat dieses entgegen nehme.

Beatrice Buholzer-Stierli ist namens der FDP-Fraktion nicht für Überweisung dieses Postulates, und zwar aus folgendem Grund: An der Einwohnerratssitzung vom 21. Oktober 2004 sei beschlossen worden, dass ein Projekt gestartet werde für drei Jahre für die Stelle der Schulsozialarbeit an der Oberstufe. Kaum sei das nun bewilligt und werde ausgeführt, komme bereits ein Postulat der L2O, welches die Erweiterung auf die Kindergarten- und Primarschulstufe verlange. Sie glaube, dass Probleme mit den Kindern vorhanden seien und dass man das angehen müsse, doch es könne nicht sein, dass, bevor überhaupt das Pilotprojekt gestartet oder fertig sei, man bereits weiter gehen wolle. Es sei sinnvoll, die Resultate vorerst abzuwarten, was die Evaluationsergebnisse ergäben und dann sehen, ob man das aufstocken und erweitern müsse und dass dann das Ganze neu beurteilt werde.

Abstimmung

Antrag FDP-Fraktion, das Postulat Nr. 559/2005 "Schulische Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule" nicht überweisen, annehmen.	11 Stimmen
Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 559/2005 "Schulische Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule" überweisen, annehmen.	15 Stimmen

Das Postulat Nr. 559/2005 "Schulische Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule" wird somit überwiesen.

Traktandum 6

Postulat Nr. 560/2005 Hans-Ruedi Jung, CVP: Zufahrt Ökihof und Steinibachweg

"Seit ein paar Monaten verfügen die Gemeinden Horw und Kriens über eine bestens funktionierende zentrale Sammelstelle für Altstoffe. Der Oekihof wird ausgezeichnet geführt und erfreut sich bei der entsorgungswilligen Bevölkerung grosser Beliebtheit. Diese Beliebtheit hat jedoch zur Folge, dass sich namentlich an Samstagen die Autos auf dem Steinibachweg, notabene eine Privatstrasse mit beschränkten Fuss- und Fahrwegrechten für Dritte, bis zurück zur Technikumstrasse stauen. Nicht selten wird dadurch den Anwohnern des Steinibachweges die einzige Zufahrt zu ihren Liegenschaften versperrt. Ist das Überholen der wartenden Kolonne einmal möglich, müssen sich die Zufahrtsberechtigten ab und zu auch üble Beschimpfungen anhören. Die Situation dürfte sich durch den Verkehr aus dem Gelände des künftigen Pilatusmarktes noch verschärfen. Ich bitte deshalb den Gemeinderat, als Vertreter einer der am Steinibachweg beteiligten Grundeigentümerinnen, darauf hin zu wirken, dass:

- den Anwohnerinnen und Anwohnern des Steinibachweges durch den Betrieb des Oekihofes keine Nachteile mehr erwachsen und dass deren Fahr- und Fusswegrechten Nachachtung verschafft wird, bevor sie gerichtlich durchgesetzt werden müssen
- der Steinibachweg durch die bereits bewilligten Zu- und Wegfahrten zum und vom Parkhaus des Pilatusmarktes zu den Stosszeiten nicht zusätzlich mit Verkehr belastet wird
- dass nach Ladenschluss im Pilatusmarkt keine Fahrzeuge mehr das Gelände über den Steinibachweg verlassen können
- dass auf dem Gelände des Pilatusmarktes entsprechende Verkehrsleitmassnahmen (Barriere, Rotlicht o.ä. zum Steinibachweg) erstellt werden"

Hans-Ruedi Jung erläutert sein Postulat: Alle würden die Situation bei der Zufahrt zum Ökihof beim Steinibachweg kennen. Er halte fest, dass er im Gegensatz zum diesbezüglichen Zeitungsartikel nicht Anwohner sei und er habe auch niemanden dort, welcher verwandt mit ihm sei. Es gehe ihm lediglich darum, dass dort die Situation so gelöst werde, dass sie für die Anwohnerinnen und Anwohner tragbar sei. Es gäbe zwei Aspekte, der eine sei der rein rechtliche, welcher sicher bald gelöst werden müsse, weil beim Steinibachweg komplizierte Eigentumsverhältnisse herrschten. Teilweise ragten die Parzellen, wo die Häuser stünden, halb in die Strasse hinaus und teilweise sei der Steinibachweg gleich angrenzend. Gemäss alten Plänen gehe der Steinibachweg nicht über das Ökihofgelände. Durch das Erstellen des Ökihofes und die Zufahrten zum neuen Pilatusmarkt habe es grundlegende Veränderungen gegeben und er sei der Ansicht, dass man das bereinigen müsse. Einerseits müsse es rechtlich bereinigt werden, andererseits müsse es auch für die Anwohner und Anwohnerinnen tragbar sein. Er habe vor allem auch die Eröffnung des neuen Pilatusmarktes im Frühling 2006 im Auge, welche nachher das Chaos beim Ökihof noch verstärken könnte, vor allem dann,

wenn von dieser Seite her auch noch Entsorgungswillige kämen. Er möchte mit diesem Postulat den Gemeinderat auffordern, die ganze Geschichte einer guten Lösung zuzuführen. Er wisse wohl, dass das sehr schwierig sei, doch man müsse auch etwas unternehmen, bevor es noch böseres Blut gäbe als heute schon.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi gibt dem Postulanten dahingehend Recht, dass es sicher stimme, dass man die Anwohnenden des Steinibachweges ungehindert ihre Grundstücke erreichen lassen könne. Diese Grundeigentümer hätten auch dem Gemeinderat geschrieben, und es sei alles fast in etwa gleichzeitig gelaufen mit der gesamten Angelegenheit der Tankstelle, welche immer noch offen sei. Der Gemeinderat habe die Problematik sofort angegangen und sie könne mitteilen, dass dieser das Postulat entgegen nehmen werde, auch weil bereits schon sehr viel Vorarbeit geleistet worden sei. Nachdem die Anwohnenden geschrieben hätten, habe der Gemeinderat die gesamte Situation im Zusammenhang mit dem Pilatusmarkt betrachtet. Man müsse vor allem auf den März 2006 fürchten, dass dort der Verkehr anders laufe als bis anhin. Der Gemeinderat habe in diesem Zusammenhang den gesamten internen Verkehrsfluss im Pilatusmarkt studieren und feststellen können, dass dieser sich gegenüber der ersten Variante eher verbessert habe. Denselben Ingenieur - welcher den Pilatusmarkt neu studiert habe - habe man beauftragt mit der Situation beim Ökihof, die unweigerlich miteinander verknüpft seien, weil die Ausfahrt vom Pilatusmarkt in Zukunft auch teilweise über den Steinibachweg benützt werde, und sie zudem auch die Ökihofzufahrt sei. Man habe nun verschiedenste Varianten vorgelegt erhalten, welche Möglichkeiten aufzeigten, die Bewohner des Steinibachweges etwas zu entlasten von diesen unangenehmen Sachen, die passiert seien. Verschiedene Varianten habe man - in Zusammenarbeit auch mit der Ökohof-Kommission und dem Kanton - besprochen und sei dann in der Ökohof-Kommission dazu gelangt, die verschiedenen Lösungswege zu betrachten. Die gesamten Gespräche hätten zu einer Vision geführt, indem man festgestellt habe, dass der Ökohof sehr gut genutzt werde, aber am jetzigen Standort nicht mehr ausgebaut werden könne, auch dass man eventuell einen Blick in die Zukunft werfen und irgend einmal einen neuen Standort ins Auge fassen müsse. Vor allem habe man heute die grosse Unbekannte "März 2006" mit der Eröffnung des Pilatusmarktes, wo man nicht genau wisse, wie die Verkehrsflüsse laufen würden. Eine Variante habe man ins Auge gefasst, die quasi eine neue Zufahrt für die Bewohner des Steinibachweges ergeben würde. Das koste aber wieder, und man schaue vorsichtig, ob dieses Geld nun auszugeben sei, bevor man bei der Unbekannten Pilatusmarkt wisse, wie es laufe. Diese Varianten seien in der "Schublade", und vor allem von der Ökihof-Kommission werde festgestellt - auch mit den Bewohnenden des Steinibachweges -, dass eigentlich vor allem die Betriebszeiten ein Problem darstellten. Wenn um 13.30 Uhr der Ökihof öffne, seien die ersten Personen bereits um 13.15 Uhr dort und die Ausfahrt blockiert, die dann zur gleichen Zeit benötigt werden sollte. Es stelle sich die Frage, ob man vorgängig dort noch etwas optimieren könnte, bevor man neue Strassen baue. Man möchte auch versuchen, die Betriebszeiten zu ändern, über welche man eine Erweiterung diskutiere, und man hoffe, dass die Spitzenzeiten gebrochen werden könnten. Es könne auch sein, dass eine Verlagerung stattfinde, doch man hätte jetzt eine gewisse Priorität bezüglich Zeiten gesetzt. Der März 2006 müsse abgewartet werden und nachher müsste man allenfalls eine vorgelegte Variante realisieren können. Deshalb sei es richtig, das Postulat entgegen zu nehmen und möglichst sofort zu reagieren. Bereits erledigt seien beim Pilatusmarkt die entsprechenden Verkehrsleitmassnahmen, also Rotlichtanlagen usw.; das sei bereits eingeplant. Das sei auch eine Forderung des übergeordneten Strassennetzes, dass, wenn irgend ein Problem auftauchen würde nicht nur beim Steinibachweg, sondern auch im übergeordneten System, man möglichst schnell reagieren könne. Im Moment sei es so angelegt, dass man bei Schaltung auf Rot für den Moment den gesamten Pilatusmarkt in sich gefangen lassen könnte, den übergeordneten Verkehr nachher wiederum abfliessen lassen und die Rotlichter wieder öffnen könnte. Man müsse auch bedenken, dass der Bus stets auch freie Fahrt über den Steinibachweg hinaus auf die Technikumstrasse haben müsse, das sei ganz wichtig. Man ersehe in ihren Ausführungen auch, auf welchem Stand man bei den Abklärungen sei. Man werde daran bleiben, dass man für die Bewohner des Steinibachweges möglichst gute Lösungen finden könne.

Hans-Ruedi Jung verlangt Diskussion.

Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.

Hans-Ruedi Jung dankt für die Antwort und ist eigentlich befriedigt. Man müsste aber bereit sein, auch andere Massnahmen zu treffen, wenn das mit den Öffnungszeiten nicht funktioniere. Er hoffe, dass das gehe. Ferner stelle sich die Frage nach dem Bus, wie dieser in das Gelände hinein fahre und wieder hinaus, denn die Einfahrt über den Steinibachweg sei eben auch verstopft. Er frage sich, wie diese Schlaufe des Busses gemeint sei und welche Linien dort fahren würden.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält fest, dass die Einfahrt von Kriens her - dies spreche die Linien 16 und 31 an - via grossen Kreisel unten komme. Kurz nach dem "Froschkönig" würden diese in das Areal hinein gehen. Sie würden parallel zur Ringstrasse, aber auf dem Areal des Einkaufszentrums fahren - dort seien auch die Haltestellen - und würden anschliessend unten auch mit Lichtsignalanlagen herausgeführt

auf die Technikumstrasse, wenn nötig. Ansonsten hätten sie freie Fahrt; das gelte für die Linien 16 und 31. Die Linie 21 komme vom Bahnhof her, kehre dort im Kreisel und lade an der grossen Haltestelle ein und aus. Die Linie 16 gehe zuerst ins Dorf, dann retour und in den Spitz hinauf. Er müsste dann noch abklären, ob sie über den Weg oder die Ringstrasse fahren würden.

Hans-Ruedi Jung ist froh, wenn man bei diesen Abklärungen auch noch abkläre was passiert, wenn der Pilatusmarkt geschlossen sei. Ihn interessiere, wie dann der Bus fahre, ob das Gelände verriegelt werde und ferner, welche Haltestelle die Linie 21 beim Retourfahren benütze, denn die sei ja auf der Seite der Landi. Das Thema müsse auch nicht heute Abend abschliessend diskutiert werden, doch er wäre froh, wenn man eine Antwort darauf bekäme, da das wiederum relevant mit dem Steinibachweg sei.

Das Postulat Nr. 560/2005 "Zufahrt Ökihof und Steinibachweg" wird somit entgegen genommen.

Traktandum 7

Postulat Nr. 561/2005 Gabi Rölli, FDP, und Mitunterzeichnende: Parkierung Grisigenstrasse

"Im Gebiet Grisigenstrasse/Spitzberglistrasse/Rainlihöhe besteht seit langem ein Parkplatzproblem. In der Grisigenstrasse entlang der Kurve beim Reservoir werden immer wieder Autos parkiert. An den Wochenenden sind so regelmässig gegen 10 Autos dort abgestellt. Dieser Zustand führte schon mehrmals zu kritischen Situationen. Es ist klar, dass das Lösen dieses Parkplatzproblems eine Sache der angrenzenden Grundeigentümer wäre. Auf den privaten Arealen lassen sich aber kaum zusätzliche Parkplätze mehr realisieren. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit einfachen Mitteln ein paar öffentliche Parkplätze zu schaffen. In diesem Sinne ersuchen wir den Gemeinderat, mit den angrenzenden Grundeigentümern die Lösung dieses Parkplatzproblems anzugehen und u.a. die Schaffung eines öffentlichen (bewirtschafteten) Parkplatzes in diesem Gebiet zu prüfen."

Gabi Rölli erläutert ihren Vorstoss. Eigentlich sei mit dem Postulat alles gesagt, sie möchte lediglich noch auf zwei bis drei Punkte hinweisen. Auch wenn die Linie 16 nach den neuesten Informationen des Gemeinderates nicht bis in den Rainlihof verlängert werde, sei deswegen das Problem nicht vom Tisch. Es sei nach wie vor eine gefährliche Situation. Das Postulat sei keinesfalls gegen jene Autobesitzer gerichtet, welche ihr Auto auf der Grisigenstrasse abstellten. Die Situation selber sei wirklich so, dass auf privatem Areal praktisch keine Möglichkeiten bestünden, zusätzliche Parkplätze zu realisieren. Ihr sei auch klar, dass es nicht unbedingt Sache der öffentlichen Hand sei, private Parkplatzprobleme zu lösen. Aber aus dem Grunde der Sicherheit bitte sie den Gemeinderat zu prüfen, ob man in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern oder auch selber etwas realisieren könne, dass die Autos nicht mehr auf der Strasse parkiert werden müssten. Womöglich könnte man das Ganze auch selbsttragend gestalten, so dass der Steuerzahler nicht damit belastet würde.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi weist im Namen des Gemeinderates darauf hin, dass dem Gemeinderat die Problematik in diesem Gebiet auch bekannt sei. Sie gewinne sicher auch eine gewisse Brisanz im Zusammenhang mit der Mergelgrube Grisigen, worüber man sich im Anschluss noch unterhalten werde. Auch unter diesem Gesichtspunkt müsse man das Parkieren auf dieser Strasse sicher betrachten, nicht nur wegen dem Bus. Der Gemeinderat werde das Postulat entgegen nehmen, weil man die Situation sicher prüfen müsse. Man werde sehen, ob es Lösungen gäbe. Es gäbe ja verschiedene Strassenteile, wo im Moment parkiert werde, die teilweise auch durch Umgestaltungen unseres Verkehrssystems entstanden seien. Der Gemeinderat habe auch den Auftrag, die Parkplätze auf öffentlichem Raum zu bewirtschaften. Es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die das Parkieren etwas vertiefter betrachte und versuche, Lösungen zu finden und einen Teil der Problematik dieses Postulates auch mittragen werde.

Brigitte Germann-Arnold beantragt Diskussion.

Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.

Brigitte Germann-Arnold hält fest, dass die Postulantin von einem Parkplatzproblem schreibe, vor allem an den Wochenenden. Am letzten Sonntag am Mittag habe sie die Situation vor Ort angeschaut, ob das ein Problem sei. Es hätten dort acht Autos gestanden, vier davon hätten nicht einmal ein Luzerner Schild gehabt und bei den Luzernern wisse man nicht, ob es Horwer gewesen seien. Sie hätte sich dann zum Spitz begeben, wo die Gemeinde 30 öffentliche Parkplätze zur Verfügung stelle; kein einziger sei belegt gewesen. Die Autos könnten ja auch beim Spitz parkiert werden. Aber dann habe sie festgestellt, dass bei der Ecke Grisigenstrasse/Bodenmatt (Kapelle) zwar eine grosse Infotafel über die Wanderwege stehe, aber nirgends sei signalisiert, dass man die Autos auch beim Spitz auf diesen 30 Parkplätzen parkieren könnte. Sie denke, dass das Parkplatzproblem ganz einfach gelöst werden könnte, indem man die Signalisation an dieser markanten Ecke bei diesen Wegweisern anbringen würde. Auch die Auswärtigen wüssten dann, dass sie dort

parkieren könnten, und so wäre das Parkplatzproblem in den Augen der L2O gelöst. Ferner zur Bewirtschaftung: Die Parkplätze beim Schulhaus Spitz müssten nur werktags bewirtschaftet werden, das müsse man dahingehend ändern, dass es so wie im Ortskern oder im Winkel wäre. Diese Parkplätze müssten täglich bewirtschaftet werden. Sie zweifle daran, wenn bezahlt werden müsste, ob es dann immer noch so attraktiv sei. Meistens würden die Parkplätze zum Ausgang für Wanderungen benützt; dann seien die paar Meter noch zumutbar, dass das Auto unten hingestellt werden könne, wo die Gemeinde 30 Parkplätze zur Verfügung stelle. Sie stelle deshalb den Antrag, dieses Postulat nicht zu überweisen, weil es unnötige Parkplätze betreffe, welche man dort realisieren möchte.

Roger Jenni macht dem Rat beliebt, dieses Postulat zu überweisen. Es könne nicht sein, dass irgend jemand mit einer Einzelbegehung an einem Sonntag das Gefühl habe, dass man die Problematik so beurteilen könne als wie jemand, der sie jahrein jahraus feststelle. Gebahren solcherart erstaunten ihn sehr. Er mache beliebt, das Postulat selbstverständlich zu überweisen.

Gabi Rölli fügt hinzu, dass lediglich von den auswärtigen Personen gesprochen werde, die dort parkierten. Jene, die in diesem Gebiet wohnten, würden wohl kaum für Parkplätze im Spitz noch stundenmässig bezahlen.

Brigitte Germann-Arnold verneint das. Wenn es um die Anwohner gehe, die dort einen Parkplatz benötigten, sei das nicht das Problem der öffentlichen Hand. Jede Wohnung müsse ja einen Parkplatz haben. Wenn es Besucher seien, dann sei es zumutbar, die paar Meter zu marschieren.

Abstimmung

Antrag L2O-Fraktion, das Postulat Nr. 561/2005 "Parkierung Grisigenstrasse" nicht überweisen, annehmen.	8 Stimmen
Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 561/2005 "Parkierung Grisigenstrasse" überweisen, annehmen.	20 Stimmen

Das Postulat Nr. 561/2005 "Parkierung Grisigenstrasse" wird somit überwiesen.

Traktandum 8

Postulat Nr. 562/2005 Hans-Ruedi Jung, CVP: Öffnung Bahnhofunterführung für Velofahrende

"Vor knapp sechs Jahren habe ich ein Postulat eingereicht, das eine kontrollierte Öffnung der Bahnhofunterführung für Velofahrende zum Inhalt hatte. Einige Zeit später forderte Fraktionskollege Thomas Zemp, dass der Niveauübergang beim Bahnhof für den Langsamverkehr beibehalten wird. Beide Postulate wurden damals vom Gemeinderat negativ beantwortet. Das erste mit dem Hinweis, dass mit dem Neubau des Zubringers Zentrum eine Unterführung für Zweiradfahrende geschaffen wird. Das zweite mit der Begründung, dass die SBB aus Sicherheits- und Kostengründen möglichst viele Niveauübergänge schliessen wollen. Mittlerweile hat sich im täglichen Betrieb herausgestellt, dass die neue Unterführung der Ringstrasse aufgrund der eigenartigen Führung des Velostreifens, des doch starken Gefälles und der dadurch beeinträchtigten Übersichtlichkeit für Velofahrende und für Fussgänger/Innen gefährlich ist. Nicht weniger gefährlich ist das mehrfache Überqueren der Ringstrasse, wenn man vom Dorf Richtung Spitz fährt. Zudem sind die Übergänge vom Veloweg auf die Fahrbahn und von der Fahrbahn auf den Veloweg ungünstig gestaltet, so, dass das Befahren dieser Absätze jedes Mal von einem harten Schlag begleitet wird. Die erwähnte Problematik hat mittlerweile dazu geführt, dass die zahlreichen Schülerinnen und Schüler aus dem Quartier Ebenau-Langmatt für ihren Weg zum Schwimmen oder zur Schule im Spitz den Bahnhofweg, die Bahnhofstrasse, die Bahnhofunterführung und die Strasse entlang dem Sternenried wählen. Diese Route ist verkehrsarm und relativ ungefährlich. Leider ist die Bahnhofunterführung nach wie vor mit einem allgemeinen Fahrverbot belegt. Die Polizei sieht sich offenbar genötigt, ab und zu die fehlbaren Schülerinnen und Schüler mit einer Dreierpatrouille anzuhalten und zu verzeigen. Selbstverständlich ohne nachhaltige Wirkung. Angesichts dessen, dass mit der von den Schülerinnen und Schülern gewählten Route eine sichere Schulwegverbindung gewährleistet werden könnte, ersuche ich den Gemeinderat nochmals, mit der Zentralbahn Kontakt aufzunehmen, um mit ihr als Werkeigentümerin Massnahmen zu prüfen, die ein gefahrloses Nebeneinander von Fussgänger/Innen und Velofahrer/Innen ermöglichen. Als gelungenes Beispiel könnte immer noch die bereits in meinem früher eingereichten Postulat erwähnte Bahnhofunterführung in Sursee dienen."

Hans-Ruedi Jung erläutert sein Postulat. Das Postulat stelle ein sogenannt "aufgewärmtes" dar, er gebe zu, dass er vor sechs Jahren bereits einen entsprechenden Vorstoss eingereicht habe im Zusammenhang mit der Befahrbarkeit oder mit dem Öffnen der Bahnhofunterführung für Velofahrende. Damals habe ihm die Argumentation des Gemeinderates eingeleuchtet, nicht alles, doch teilweise und namentlich, dass man eine

bessere Situation schaffe, wenn man die Ringstrasse erstelle und dort eine Unterführung habe, wo man mit dem Velo sicher durchfahren könne. Mittlerweile stehe diese Ringstrasse und werde auch als Zentrums- bzw. Autobahnzubringer benützt. Die Gefahr für Velofahrende, namentlich für Schüler aus dem Gebiet der Hans-Reinhard-Strasse und Bahnhofweg, habe nicht abgenommen. Wenn man sich vorstelle, dass man aus dieser Region in den Spitz zur Schule müsse, und das müssten einige Kinder dieser Region, müsse man zuerst die Ringstrasse überqueren, die Allmendstrasse und dann müsse man durch diese unselige Unterführung, wo die Seite des Trottoirs resp. der Velostreifen mehrmals wechsele. Auch vom Blick her sei es wenig übersichtlich, durch diese Unterführung zu fahren. Weiter seien die Wegmattstrasse, dann nochmals die Ringstrasse und anschliessend der Steinibachweg, um dann wieder in die Grisigenstrasse zu gelangen. Das sei der Weg, welchen die Schülerinnen und Schüler mit dem Velo heute zurücklegen müssten, aber es habe auch andere Personen, die in dieses Gebiet gingen. Die Investition sei sicher gut gemeint gewesen, aber es hätte schon Schülerinnen und Schüler aus diesem Quartier gegeben, die bei der Unterführung an die Betonwand gedrückt worden seien, weil ein Kreuzen schlecht möglich sei, und es habe gefährliche Situationen mit Bahnbenützenden gegeben, die von der anderen Seite gekommen seien, nicht anders als bei der alten Unterführung. Das habe ihn dazu bewogen, nochmals mit dem Begehren an den Gemeinderat zu gelangen, dass man prüfen solle, die alte Unterführung wieder für Velofahrende zu öffnen. Dann müsste man bloss die Ebenastrasse überqueren und käme via alte Bahnhofunterführung und alte Bahnhofstrasse direkt in die Grisigenstrasse, und dies ohne eine gefährliche Strasse überqueren zu müssen. Er wisse natürlich, dass man, so wie es jetzt sei, nicht einfach öffnen könne, das wäre gefährlich auch für die Fussgänger oder die Zugbenützenden. Er habe stets den Vorschlag gemacht, sich einmal die Lösung, wie Sursee sie habe, näher zu betrachten. Dort gingen seit Jahren erfolgreich Behinderte, Berufsschüler und der gesamte Stossverkehr hindurch; die Unterführung sei dort offen für Velofahrende, das sei kein Problem. Es hätte nie einen Unfall gegeben, es laufe gut ab; man habe dort jedoch entsprechende bauliche Massnahmen getroffen. Er sei der Auffassung, dass das in Horw möglich sein müsste, und er bitte den Gemeinderat nochmals, diese Massnahmen zu prüfen, ob nicht etwas unternommen werden könnte. Der Zustand, so wie er heute sei, sei auch unhaltbar, denn es werde auch durchgefahren, aber einfach ohne Sicherheitsmassnahmen. Das sei mindestens so gefährlich, wie wenn man öffne und dort Sicherheitsmassnahmen installiere. Der Gipfel sei dann, dass auf der anderen Seite Polizisten stünden und die Schüler herausplückten, um diesen dann Bussen zu verteilen. Deren Eltern müssten dann die Bussen bezahlen. Er als Vater würde seinen Kindern ein Durchfahren erlauben und dann die Kosten für die Busse übernehmen, das wäre ihm immer noch lieber, als wenn ein Kind auf der Ringstrasse ums Leben käme.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi ist im Namen des Gemeinderates die Problematik dieser Unterführung Bahnhof bekannt. Nicht nur, weil sie im Jahr 2000 eingegeben worden und im Jahr 2002 im Zusammenhang mit der Schliessung des Bahnüberganges nochmals geprüft worden sei, sondern auch weil Eltern speziell auf sie zukämen und diese Problematik auch schon dahingehend erzählt hätten, dass sie ihren Kindern die Anweisung gäben, dennoch dort durchzufahren. Gegen diese Anweisung hätte sie als Mutter eigentlich nichts einzuwenden, doch man müsste festhalten, dass die Kinder auf einem kurzen Stück ihr Velo stossen müssten. Dann wäre das Problem behoben, vielleicht töne das etwas idealistisch, denn es werde wahrscheinlich nicht ganz so durchgeführt, nicht nur von den Kindern, auch von den Erwachsenen. Der Gemeinderat habe die Ideen und Abklärungen, dass es nicht möglich sei, diese Unterführung in dieser Ausführung wie sie jetzt sei zu öffnen für Velo- und Fussgängerverkehr, diese Abklärungen seien auch im Jahr 2002 nicht anders gewesen. Es brauche grössere, teurere bauliche Massnahmen. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass man nun einen neuen Veloweg habe der weiter gehe; das sei eine weitere Problematik, denn normalerweise nähme man als Velofahrer den kürzesten Weg, und der führe durch diese Unterführung. Es sei aber nicht vorgesehen, und die andere Strecke sei klar ausgeschildert als Veloweg, das sei vom Kanton so auferlegt worden. Sie wisse, dass über die Erhöhungen in diesem Rat verschiedentlich diskutiert werde und worden sei und sie hoffe, dass diese noch erledigt würden. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass jene Lösung möglich sei, dass man diese Unterführung nicht öffne für die Velofahrenden - man merke aus diesen Worten, dass der Gemeinderat nicht bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen. Von allen Seiten werde mitgeteilt, dass eine Lösung, wie sie in Sursee stehe, nicht bewilligungsfähig sei. Das sei einfach eine aufgestellte Lösung; man könnte das ja auch ohne Bewilligung machen. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass man aus Haftungs- und Sicherheitsgründen nicht ja sagen könne zu solchen Lösungen. Mitbesitzerin seien auch noch die SBB, und diese hätten via ihre Rechtsdienste heraus gefunden, dass sie die Haftung nicht übernehmen könnten, da sie ja mit der Gemeinde Horw verantwortlich seien. Man habe der Kommission für sichere Schulwege dieses Problem vorgetragen, diese Kommission berate den Gemeinderat in solchen Fragen. Die Problematik sei dort begutachtet worden und die Gesamtproblematik sei allen bewusst. Auch die Polizei habe dort Aussagen gemacht, dass sie dort seien - sie hoffe nicht, dass diese sogleich Bussen verteilt habe. Man habe auch festgestellt, dass viele Schüler das Velo auch stossen würden. Es seien entsprechende Beobachtungen gemacht worden und man habe das Gespräch bereits beim Schulanfang gesucht. Dass mittlerweile gebüsst worden sei, das wisse sie nicht, doch das werde so sein. Seitens der Bevölkerung und Interessierten habe man den Wunsch gehört, und dieser sei allgegenwärtig, ob man nun diese Unterführung nicht öffnen könne. Jetzt habe man aber auch in der Kommission für Sichere Schulwege

diese Problematik diskutiert und die folgenden Feststellungen gemacht: Die Kollisionsgefahr sei in der Unterführung gross. Allein mit Veränderungen erscheine einem die Öffnung für Velofahrer nicht vertretbar, weil die Sicherheit nicht genüge. Hierfür notwendig wäre ein Projekt aus dem Jahr 2000, wie das aussehen und wie breit das sein und wie man das Ganze machen müsste. Der Weg durch die neue Unterführung sei zumutbar, die Velofahrer hätten die Möglichkeit, diese Unterführung zu benützen, indem sie ihr Velo ein Stück weit stiessen. Die Kommission habe am Schluss einstimmig beschlossen, dass sie aus Sicherheitsgründen gegen die Öffnung dieser Unterführung für Velofahrende spreche. Es stehe allen offen, den neuen Veloweg via Kreisel Bahnhof zu befahren oder eben das Velo ein Stück weit in der Unterführung zu stossen. Das alles seien Voten aus der Kommission für Sichere Schulwege, welche natürlich die Meinung des Gemeinderates auch unterstütze. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass man aus Sicherheitsgründen diese Unterführung nicht öffnen könne, ausser mit grösseren baulichen Massnahmen. Deshalb möchte der Gemeinderat das Postulat nicht entgegen nehmen.

Hans-Ruedi Jung hat diese Antwort fast erwartet, was ihn aber befremde, das sei die Aussage der Kommission für Sichere Schulwege. Wenn man zum Schluss komme, dass diese Unterführung zu gefährlich sei zum Öffnen, dann müsste die Kommission sofort veranlassen, dass die Unterführung an der Ringstrasse geschlossen werde. Diese sei in keiner Art und Weise sicherer, im Gegenteil, sie spiegle eine falsche Sicherheit vor, indem der rot markierte Weg mehrfach die Seite des Trottoirs wechsele. Man könne nicht einmal als Fussgänger mit Sicherheit auf einer Seite bleiben, als Velofahrer entsprechend auch nicht. Er verstehe nicht, weshalb man bei der Bahnhofunterführung sagen könne, dass das nicht bewilligungsfähig sei, aber das gleiche Bauwerk in der selben Machart nachher bewillige an der Ringstrasse. Das sei ihm unerklärlich. Er bestreite auch, dass es grössere bauliche Massnahmen brauche, erwähne wiederum das Beispiel Sursee, auch wenn dieses nicht bewilligungsfähig sei, aber als bauliche Massnahmen seien einfache Abweissbügel in den Ecken jeder Unterführung erstellt worden, so dass sowohl die Fussgänger, die von der Treppe her kämen, als auch Velofahrende, welche durchführen, so an diesen Bügeln vorbei müssten, dass sie sich gegenseitig rechtzeitig erkennen könnten. Ferner sei - auch wenn man es so belasse - das Problem der Inline-Skater, der Rollbrettfahrer und der Kickboarder nicht gelöst. Gerade Kickboarder gäbe es unter der Schülerschaft viele, diese benützten die Unterführung in vollem Tempo, und das sei mindestens so gefährlich wie das Problem mit den Velos. Letztlich verstehe er schon, dass der Gemeinderat nichts machen wolle, was unrechtmässig sei. Er möchte den Gemeinderat auch nicht zu unrechtmässigem Handeln ermuntern, auch wenn er das bei seinen eigenen Kindern wohl machen würde für das Durchfahren. Aber man sehe, dass viele erwachsene Personen und Kinder diese Unterführung benützten und dies entspreche offenbar einem Bedürfnis. Er frage sich, weshalb man bei einem Promenadenweg bereit gewesen sei, diesen zwischen Schulhausstrasse und Dorfzentrum fahrbar zu machen für Velofahrende mit der Begründung, es entspreche einem Bedürfnis, obwohl man 50 Meter daneben die zukünftig beruhigte Kantonsstrasse habe und auf der anderen Seite einen Veloweg durch das Schulhausgelände hindurch. Aber bei diesem Thema, wo der Umweg wesentlich grösser und nicht weniger gefährlich sei, sage man, dass man das nicht machen könne, weil es zu gefährlich sei. Er bitte den Gemeinderat, das Thema nochmals genau zu prüfen und er habe noch nie jenen Rechtssatz gehört, welcher dies verbiete, das zu machen. Der Vorgänger Robert Sigrist habe jeweils ausgeführt, dass das rechtlich nicht möglich sei. Aber den Rechtssatz habe er nie gehört. Er verstehe nicht, wenn man es bei der Bahnhofunterführung schon nicht machen dürfe, weshalb man es dann beim Promenadenweg mache. Es sei die selbe Situation. Er bitte den Gemeinderat, das nochmals zu prüfen und sich von der Zentralbahn nicht beeindruckt zu lassen; diese sei bekannt dafür, dass sie keine Änderungen irgend welcher Art wollten. Dann müsse man halt Druck aufsetzen. Er denke, dass die Gemeinde über diesen Druck verfüge, auch wenn sie zur Hälfte Eigentümerin sei, sie könne diesen Druck ausüben, wenn es im öffentlichen Interesse sei, die entsprechenden Verfahren seien bekannt. Im Interesse der Sicherheit müsse dort etwas unternommen werden. Es sei ihm klar, dass es ohne flankierende Massnahmen nicht gehe. Aber es gehe auch jetzt nicht.

Abstimmung

Das Postulat Nr. 562/2005 "Öffnung Bahnhofunterführung für Velofahrende" überweisen, annehmen.

24 Stimmen

Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 562/2005 "Öffnung Bahnhofunterführung für Velofahrende" nicht überweisen, annehmen.

0 Stimmen

Das Postulat Nr. 562/2005 "Öffnung Bahnhofunterführung für Velofahrende" wird somit überwiesen.

Traktandum 9

Interpellation Nr. 523/2005 Irène Zingg-Vetter, FDP, und Mitunterzeichnende: Mergelgrube Grisigen

"Die Diskussionen um die Rekultivierung der Mergelgrube werden schon seit Jahren geführt. Die Anliegen, welche seit vielen Jahren in den verschiedensten Vorstössen zum Ausdruck gebracht worden sind, werden aber nicht konsequent genug umgesetzt. Bis heute sind keine wirksamen Massnahmen für die Rekultivierung eingeleitet worden. Das Begrünen und die allfällige Sicherung der blanken Felswände sind seit Jahrzehnten ein Thema. Die Machbarkeit ist aus heutiger Sicht kein Problem und kann höchstens im Sinne von Verzögerungstaktik aufgeführt werden. Ein Auffüllen der Grube stand im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnüberdeckung und dem dabei anfallenden Aushubmaterial zur Diskussion. Bekanntlich scheiterte dieses Vorhaben an unlösbaren Transportproblemen. Der grossflächig in der Grube verteilte und von weit her sichtbare Ziegelschrott ist eher ein unrühmlicher Teil des Landschaftsbildes von Horw und war schon vor Jahren das Thema von Vorstössen. Leider ist der Zustand bis heute unverändert.

Im Zusammenhang mit der Bewilligung für die Erweiterung des Abbaubereiches der Mergelgrube wurde nebst einem Abbaukonzept und einem Umweltverträglichkeitsbericht auch ein Rekultivierungskonzept erarbeitet. Nachdem nun die AG Ziegelwerke ihr Abbaugesuch vom 23. Februar 2001 um Erweiterung und Rekultivierung der Mergelgrube zurück gezogen hat, verlangte der Gemeinderat bis Ende 2004 ein neues Rekultivierungskonzept für die bestehende Grube. Ich bitte den Gemeinderat in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

- Liegt das Rekultivierungskonzept, welches per Ende 2004 verlangt worden ist, vor?
- Welche Massnahmen verfolgt der Gemeinderat bezüglich Rekultivierung der Grube?
- Wie sieht der Zeitplan von geplanten Massnahmen aus?
- Verfolgt der Gemeinderat den Grundsatz, dass die Mergelgrube innert nützlicher Frist vollständig rekultiviert wird?
- Wie stellt der Gemeinderat die Rekultivierung der Grube rechtlich und finanziell sicher?"

Irène Zingg-Vetter erläutert ihre Interpellation. Seit sie diese Interpellation im Juni 2005 eingegeben habe, hätte sich an der Situation nichts geändert. Auch wenn sie mit der Bevölkerung spreche, seien viele der Ansicht, dass sich seit Jahrzehnten in diesem Gebiet nichts geändert habe, ausser vielleicht, dass nun keine Bähnchen mehr führen. Aber im Rat gäbe es mit schöner Regelmässigkeit Diskussionen zur Mergelgrube Grisigen. Die Anliegen, die seit vielen Jahren in den verschiedensten Vorstössen zum Ausdruck gebracht worden seien, würden jedoch nicht konsequent genug umgesetzt. Der Ziegelschrott sei weit herum sichtbar, sie sei schon auf dem Rigi darauf angesprochen worden, dies sei ästhetisch unzumutbar für die sonst so gerne vielgepriesene schönste Gemeinde in Zentraleuropa. Wenn man an die Unwetterkatastrophen dieses Sommers denke, berge auch dieses Gebiet mit seinem lockeren Gestein ein gewisses Sicherheitsrisiko. Nachdem das Abbaugesuch der AGZ zurück gezogen worden sei, sei die zukünftige Nutzung der Grube sowie der Talliegenschaft offen. Für die Rekultivierung habe der Gemeinderat ein Konzept bis Ende 2004 verlangt. Jetzt, wieder ein Jahr später, sei noch immer kein Rekultivierungskonzept auf dem Tisch. Sie sage dem Verzögerungstaktik und sie sei gespannt, wie das der Gemeinderat sehe.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi weiss, dass die Mergelgrube Grisigen tatsächlich ein lange bekanntes Thema sei, sie habe ja auch bereits eine hundertjährige Tradition oder noch mehr in unserem Dorf, und sie gehöre zu grossen Teilen irgendwie zu Horw. Sie gebe zu diesen Fragen gerne Auskunft. Es sei tatsächlich so, dass mehrere Vorstösse zu diesem Thema eingereicht worden seien und alljährlich würden diese jeweils wiederum beantwortet bei den unerledigten Geschäften. Doch heute könne sie Antworten geben, die etwas Neues bringen würden: Mit der Erledigterklärung des Baugesuches - das sei am 16. September 2004 der Fall gewesen - sei die Zukunft der Mergelgrube wieder offen geworden. Deshalb habe der Gemeinderat der AGZ mitgeteilt, dass man gemäss Bau- und Zonenreglement konzeptionelle Überlegungen für die Zukunft der Mergelgrube bis Ende 2004 erwarte. Auf diesen Entscheid hin habe die AGZ am 14. Oktober 2004 Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht. Diese sei vor allem aus Gründen der Fristwahrung eingereicht worden. Zugleich habe man in dieser Beschwerde signalisiert, dass man zuerst das Gespräch mit dem Gemeinderat suchen wolle, um eine angemessene Lösung für ein weiteres Vorgehen zu finden. Es sei um die Sistierung des Verfahrens gebeten worden. Die AGZ sei mit zwei Punkten im Entscheid nicht einverstanden gewesen: Mit der Verpflichtung zur Einreichung eines Konzeptes für den Abbau und die Rekultivierung dieser Grube Grisigen, und die unverzügliche Sanierung des oberen Teils der Grisigenstrasse. Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde sei dann sistiert worden, damit man sich aussergerichtlich hätte einigen können. Man sei der Auffassung gewesen, dass eine Verhandlungslösung besser, tragfähiger und kooperativer sei als eine Lösung durch einen Gerichtsentscheid. Man habe dann vereinbart, dass ein Rekultivierungskonzept auf Ende Juni 2005 eingereicht werde, es habe also einen gewissen Aufschub gegeben. Ende Juni habe die AGZ tatsächlich ein minimales Rekultivierungskonzept mit drei Varianten eingereicht. Sie erläutere diese gerne: Eine Variante sei eine Minimalvariante, welche zonenkonform gewesen wäre und vor

allem mit relativ wenig Eingriffen in die Natur - mittlerweile habe man ja durch die vielen Jahre, wo in diesem Gebiet nichts passiert sei, ein sehr reichhaltiges Naturschutzgebiet, sie erinnere vor allem an die Gelbbauchunke, welche dort sehr heimisch und ein seltenes Tier sei. Auch sonst habe sich dort einiges angesiedelt, welches man gerne behalten würde. Auch die Fluh habe einen gewissen Wert für die Flora und Fauna. Das zweite Projekt wäre das Auffüllen mit Aushub gewesen, das wäre ebenfalls zonenkonform, das dritte Konzept wäre Auffüllen mit Aushub und Inertstoffen gewesen; das hätte eine Umzonung bedingt. Bezüglich Massnahmen, die vom Gemeinderat für Rekultivierung der Grube verfolgt würden, habe sie zusammengefasst mit der vierten Frage, welchen Grundsatz der Gemeinderat verfolge, dass diese Mergelgrube innert nützlicher Frist vollständig rekultiviert werde. Das Ziel des Gemeinderates sei, möglichst schnell eine sichtbare, optische Veränderung in dieser Mergelgrube zu erreichen. Die Bevölkerung von Horw sei mit keiner weiteren Vertröstungsvariante mehr zufrieden oder es sei ihr nicht mehr zumutbar. Seit der Abstimmung, oder wie das 1997 richtig festgestellt worden sei, sei ausser einer optischen Verschlechterung nichts mehr in dieser Grube geschehen. Den roten Ziegelschrott sehe man weit herum und erst im letzten Jahr habe es sich gezeigt, dass die Grube einem Ziegenbauer verpachtet worden sei, und diese Ziegen sogar noch die geschützten Hecken fressen würden. Dadurch sei die Einsicht in diese Grube noch grösser geworden; mit Schreiben habe man das mehr oder weniger stoppen können. Der Gemeinderat und die beratenden Kommissionen hätten die drei Varianten beraten und entschieden, um dem Ziel möglichst schnell nachleben zu können, dass man für die Minimalvariante sei, und zwar eine Rekultivierung möglichst naturnah. Eine Umzonung in eine Inertstoffdeponie käme politisch nicht mehr in Frage. Auch die Aushubdeponie sei deponiert worden, man habe aus verschiedenen Gesprächen mit der AGZ stets wieder beschrieben, dass das nicht rentabel sei und dass man keine Unternehmer finde, welche dort gutes Material bringen würden. In den letzten Besprechungen nach diesen Beratungen, im Oktober, sei man mit der Option Minimalvariante ins Gespräch gestiegen. Zur Überraschung des Gemeinderates habe sich in der Zwischenzeit das Blatt gewendet. Die AGZ habe kund getan, dass sie Unternehmer gefunden habe, welche sowohl Aushub- wie auch Inertstoffe dort deponieren würden. Das habe den Gemeinderat erstaunt und zur Frage geführt, was sich in dieser Zeit nun geändert habe. Die Auskunft sei, dass vor allem die LSVA-Abgabe ins Feld geführt werde, dass es für die Unternehmer wieder interessant werde, ihre Deponien möglichst nahe finden zu können, damit sie finanziell nicht stark belastet würden. Plötzlich habe nun diese Mergelgrube Grisigen, obwohl stets gesagt worden sei, wie schwierig der Standort sei, plötzlich wieder einen grossen Wert erhalten, dass man wieder Unternehmer finde. Gemäss Bau- und Zonenreglement Art. 21 Abs. 2 sei es möglich, diese Grube mit Aushubmaterial im Sinne der Rekultivierung zu füllen. Es brauche keine Zonenänderung. Man habe dort auch kund getan, dass nicht wieder eine Abstimmung für eine Umzonung in eine Inertstoffdeponie ins Auge gefasst werde. Jetzt könne sie dem Rat das Neueste berichten, das habe sich geändert, während sie diese Interpellation vorbereitet habe: Es sei nun tatsächlich zügig vorwärts gegangen - das sei bei der AGZ bis anhin nicht immer ganz so gewesen - dass die Frage drei betreffend Zeitplan dieser geplanten Massnahmen beantwortet werden könne. Es werde jetzt ein Konzept ausgearbeitet, das Minimalkonzept habe ja nicht als Konzept betrachtet werden können, sondern nur als Variantenstudie; es werde jetzt von der AGZ und dem Unternehmer mit sämtlichen eingebundenen Personen, die dabei sein müssten, ein Feinkonzept für die Variante 2 - Aushubdeponie - ausgeführt. Da sei bereits der Vertrag mit einem Unternehmer unterzeichnet. Es sei auch bereits ein Büro eingeschaltet worden, welches dieses Feinkonzept ausarbeite, und zwar so, dass man jetzt diese Deponie mit Aushubmaterial vorantreiben könne und eine Rekultivierung in die Nähe rücke. Es sei geplant, über den Daumen gepeilt 400'000 Kubikmeter Ware innert 15 Jahren dort hinauf zu führen. Am nächsten Freitag bereits finde diese "Kick-off-Sitzung" statt, da seien Teilnehmer der Unternehmer, die AGZ, das beauftragte Büro, aber auch die massgebenden Ämter dabei, ferner seitens der Gemeinde eine Vertretung des Hoch- und Tiefbaus sowie Umweltschutz. Dieses Gremium gehe nun daran, die gesamten Rahmenbedingungen festzulegen. Das Ganze müsse gewisse Rahmenbedingungen aufweisen, wie man es damals ausgearbeitet habe im Zusammenhang mit der Abbaubewilligung. Zu Frage fünf könne sie sagen, dass die Rekultivierung der Grube rechtlich durch das Zonierungsverfahren festgelegt sei, aber anschliessend auch durch das Erteilen der Rekultivierung, was ein ganz normales Baubewilligungsverfahren mit sich ziehe, wo man natürlich Bedingungen und Auflagen formuliere und aushandle, wie diese Fahrten auszusehen hätten. Es habe im Zusammenhang mit dem Abbau auch forstrechtliche Auflagen gegeben, hier müsse man noch prüfen, was man noch machen müsse, denn auch mit der Erledigterklärung der Abbaubewilligung sei das Thema noch nicht vom Tisch. Eventuell brauche es von dieser Seite her auch noch Auflagen. Finanziell prüfe man, ob das Hinterlegen einer Kautions angewendet werden solle, das sei üblich bei solchen Grossprojekten. Ebenfalls verfüge man mit der AGZ über eine Vereinbarung betreffend die Grisigenstrasse, diese müsse sicher den heutigen Gegebenheiten angepasst werden, aber sie werde sicher nicht einfach aufgelöst, bevor eine neue Vereinbarung vorhanden sei. So hoffe sie, dass sie dem Rat die neuesten Informationen habe abgeben können. Sie sei überzeugt wie noch selten, dass man tatsächlich ein Ziel erreichen könne. Sie könne dem Rat einen optimistischen Zeitplan geben - unter Vorbehalt: damals sei sie davon ausgegangen, dass man im Dezember eine Start-Sitzung abhalten könnte, mittlerweile finde diese bereits im November statt. Anschliessend könnte man das Feinkonzept im Februar einreichen, welches auch Vorprüfungen auf allen Stellen brauche, vorsichtig gesagt drei Monate. Anschliessend würde allenfalls eine Überarbeitung von gut einem Monat drin liegen. Dann könnte man das Gesuch einreichen, was ein normales Baubewilligungsverfahren nach sich ziehe. Sehr optimistisch gesehen könnte man davon ausgehen, dass

man ungefähr in einem Jahr mit Aushub starten könnte, vorbehaltlich Einsprachen, Einhaltung von Fristen usw. Das würde also bedeuten, um dem Ziel des Gemeinderates wiederum etwas näher zu kommen, dass man möglichst schnell eine sichtbare optische Veränderung herbringen würde, das könnte bedeuten, dass in einem Jahr nach Beginn dieser Rekultivierung im unteren Teil - dort wo der Ziegelschrott liege - wieder grün erscheinen könnte. Selbstverständlich brauche das noch etwas Zeit, man müsse vom unteren Teil auch in den oberen Teil gehen. Es werde sicher nicht so sein, dass man die gesamte Fluh irgend einmal nicht mehr sehe; das sei mittelfristig nicht der Fall, da diese Fluh auch einen gewissen Wert aufweise und entschärft werde. Sie hoffe, damit einige Bedenken ausgeräumt zu haben und sie hoffe für alle, dass die rechtlichen und finanziellen Anliegen seitens des Gemeinderates genügend Beachtung fänden.

Irène Zingg-Vetter verlangt Diskussion.

Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.

Irène Zingg-Vetter hält fest, dass das erfreuliche und positive Nachrichten seien und sie danke Manuela Bernasconi für die ausführlichen Mitteilungen. Etwas sei ihr aber noch nicht ganz klar. Als es um den Bau-schutt der Autobahn gegangen sei, hätte man diesen bereits in die Mergelgrube Grisigen führen wollen. Das sei dann infolge Einsprachen von Anwohnern gescheitert, weil die diesbezüglichen Verkehrsprobleme in diesem Quartier nicht zumutbar gewesen wären. Wenn man nun die 400'000 Kubikmeter betrachte, frage sie, ob man nicht wiederum die selben Einsprachen befürchte und wie man dem allenfalls entgegen wolle.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi rechnet auch dann wiederum mit Einsprachen. Man werde sicherlich versuchen, die Anwohner frühzeitig einzubinden; die 400'000 Kubikmeter seien jedoch ein ganz kleiner Teil von dem, was damals bewilligt worden wäre. Es komme darauf an, wie die Auflagen und Bedingungen gestellt würden und es erscheine ihr eine gewisse Gratwanderung zu sein - ohne als Verhinderer zu wirken, weil der Gemeinderat ein Interesse daran habe, die Grube aufzufüllen. Auf der anderen Seite habe man die Anwohner, denen man nicht allzu viele Fahrten zumuten wolle. Dies sei tatsächlich eine Gratwanderung, wo gute Verhandlungen nötig seien. Sie sei überzeugt, dass das ein schwieriger Verhandlungspart darstellen werde, um sämtliche Bedenken und Bedürfnisse unter einen Hut bringen zu können. Es werde auch so sein, dass die Fahrten je nach Anfallen von Aushub manchmal intensiver, manchmal weniger intensiv seien. Die Verhandlungen seien noch nicht gestartet worden, doch es werde nicht einfach werden.

Konrad Durrer hat gehört, dass der Gemeinderat die Variante 2 bevorzuge. Trotzdem möchte die L2O, dass der Gemeinderat auch die Minimalvariante noch einmal gründlich bedenke und sich für diese einsetze. Mergel sei ein Rohstoff, welchen man zum Bauen benötige. Es sei gut, wenn dieser in der Gegend vorhanden sei. Eventuell seien jetzt gerade die Kosten für die Transporte zu billig, dass man das Material von weit her holen könne; irgend einmal sei man wieder froh, wenn man das Material aus der Nähe holen könne. Ferner möchte man diesen wertvollen Lebensraum, welcher in der Grube entstanden sei, erhalten. Er möchte fragen, wer nicht schon den feinen Glockenton der Amphibien, die dort lebten, gehört habe. Natürlich gehöre etwas mehr dazu. Man möchte ästhetische Verbesserungen im Bereich der Ziegelschrott-Deponie und die Sicherheit für die Geologie und die Wasserführung und Stabilität müssten gewährleistet sein. Die Horwer Bevölkerung habe dem Besitzer der Grube einen grossen Kredit als Abbaugelände gegeben, als man das einzonte. Die L2O habe das Gefühl, dass dieser langsam verspielt sei. Es sei nichts damit gemacht worden und es sei auch kein grosser volkswirtschaftlicher Nutzen für Horw ersichtlich. Sollte aber entgegen der Empfehlungen der L2O trotzdem eine Deponie entstehen, so bitte man den Gemeinderat, die im Bau- und Zonenreglement Art. 21 vorgesehenen Bestimmungen auch minutiös einzufordern. Sämtliche Bedingungen, die für einen Abbau gelten würden, seien auch für ein Wiederauffüllen anzuwenden, Abs. 1, es sei unverschmutztes Aushubmaterial zu verwenden, Abs. 2, es seien keine unzumutbaren Bauten zu bewilligen, Abs. 3, die Rekultivierung habe in Etappen gemäss Hauptbericht UVP zu erfolgen, Abs. 4., ferner seien die Sicherheitsanforderungen für Mensch und Umwelt zu gewährleisten. Zusätzlich hoffe die L2O, dass die Sicherheit in Bezug auf Ausbau und Betrieb der Zufahrtsstrasse gewährleistet sei. Man wünsche sich Festlegungen von vernünftigen Betriebszeiten für diese Anlage, damit die Anwohner auch geschützt seien. Die Idee einer Kautionsunterstützung der L2O auch. Man sei der Überzeugung, dass es eigentlich für sämtliche Beteiligten - Gemeinderat, Einwohner, Betreiber - wegen den Einsprachen und der Natur das Beste wäre, wenn man eine Minimalvariante, ästhetische Sanierung unter Berücksichtigung des ökologischen Wertes, gemeinsam anstreben würde. Man bitte den Gemeinderat, darauf hinzuwirken.

Reto Deschwanden fragt, ob bei dieser Variante auch das Projekt Schanze integriert sei oder ob nur die Auffüllung betrachtet werde. Er sehe da einen Zusammenhang.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält fest, dass man damals, als man nicht wusste, wie es weiter ginge, mit der AGZ bereits Gespräche wegen dieser Schanze geführt habe. Man habe gesehen, dass im Moment nichts ausgerichtet werden könnte und habe das Ganze ein Stück weit "auf's Eis" gelegt. Es sei seitens der AGZ aufgenommen worden und es werde wahrscheinlich eine Aufgabe sein, bei den zukünftigen Verhand-

lungen diesen Gedanken irgend wann wieder einzubringen. Bis jetzt sei das nie ein Thema gewesen, weil alles so neu sei. Seit Oktober spreche man nun davon, wie es weitergehen könnte, für den Gemeinderat sei das auch eher überraschend gekommen, weil man eher von der Minimalvariante ausgegangen sei. Sie füge auch an, dass der Naturgedanke gemäss Bau- und Zonenreglement, welcher sehr ausführlich sei, einfließen müsse. Sie sei überzeugt, dass auch ein solcher Gedanke wieder auftauchen werde. Sie könne aber noch nicht sagen, in welche Richtung das gehe, denn das wäre verfrüht. Man wisse um die Problematik, und das Thema werde auf jeden Fall in den Gesprächen einfließen.

Heiri Niederberger ist mit dem letzten Teil dieser Antwort nicht ganz zufrieden. Der Gemeindepräsident habe relativ ausführlich darüber informiert, was strategisch kluges und strategisch unkluges Handeln für die Zukunft sei. Gerade in diesem Zusammenhang möchte er den Ball retour spielen, denn genau in diesem Gebiet könnte man nun "drei Schmetterlinge miteinander fliegen lassen". Wenn man höre, dass man mit dieser Deponie sichtbare Veränderungen herbeiführen könne, dann garantiere er dem Rat, dass diese während 15 Jahren vorhanden seien, und zwar jeden Tag anders. Das seien die sichtbaren Veränderungen in einer Deponie. Die Tatsache sei heute - und hier widerspreche er Frau Zingg, denn es habe sich dort nicht nichts getan, sondern es gebe gewisse Geländekammern, wo die Natur hervorragend arbeite - wenn man dort deponiere, dann gehe sehr vieles wieder kaputt. Im Zusammenhang mit diesem Schanzenprojekt habe man eine Geländekammer ausgesucht, wo ein sehr sinnvolles Nebeneinander mit dem Bedürfnis Sprungschanze, welches an sich auch entstanden sei aus einem gemeinderätlichen Auftrag in einer Arbeitsgruppe, und naturschützerischen Aspekten gegeben wäre. Vom Landschaftsbild her wäre das sogar noch sehr gut eingebettet. Er garantiere dem Rat, dass man das vom Rigi her nicht sehe. Insofern müsste man schon noch etwas mehr die Absicht des Gemeinderates spüren, ob er das wirklich in die Diskussion einwerfen wolle indem man strategisch clever sage, dass man nicht überall die selben Prioritäten habe für die Renaturierung, weil man sie an gewissen Orten gar nicht mehr habe, da dort bereits sehr gut renaturiert worden sei. Es wäre schade, wenn ausgerechnet in diesen Gebieten deponiert würde, es wäre tendenzmässig genau jenes Gebiet, wo am Anfang deponiert würde, wo die Natur bereits am weitesten sei. Das wäre unklug. Er bitte den Gemeinderat, diesen Gedanken noch einmal aufzunehmen und strategisch so mitzuverfolgen, dass man das gerade am Anfang eingeebe. Ansonsten müsste man ehrlicherweise sagen, wenn man es nicht als strategisches Ziel deklarieren würde, dass das Projekt Sprungschanze vom Tisch sei, dann wüssten alle, um was es gehe.

Für getreues Protokoll

Der Einwohnerratspräsident

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Der Protokollführer